

NEUE ZEIT

W O C H E N S C H R I F T

I N H A L T :

Begrüßung des Genossen J. W. STALIN an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Wilhelm Pieck, und an den Ministerpräsidenten der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, Herrn Otto Grotewohl, aus Anlaß der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik .	1
Die historische Bedeutung der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik	2
Benoît FRACHON — Die Arbeiterklasse Frankreichs im Kampf für ihre Lebensinteressen	4
W. MINAJEW — Die Geheimstrategie des USA-Imperialismus	7
Internationale Umschau (Notizen)	12
L. SELINSKI — Durch Sachsens Städte (Notizen eines Korrespondenten)	18
M. SEWEROW — In Argentinien (Reisenotizen)	22
Kritik und Bibliographie:	
N. SERGEJEWA — Die Aufzeichnungen eines englischen Journalisten	27
Chronik der internationalen Ereignisse	32

Nr. 43
Jahrgang 1949

VERLAG DER ZEITUNG „TRUD“ — MOSKAU

Schriftleiter: W. BERESIN

Moskau, Arbat, Kalaschni pereulok 12.

*An den
Präsidenten der Deutschen Demokratischen
Republik, Herrn WILHELM PIECK*

*An den
Ministerpräsidenten der Regierung
der Deutschen Demokratischen Republik,
Herrn OTTO GROTEWOHL*

Gestatten Sie mir, Sie und in Ihrer Person das deutsche Volk aus Anlaß der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und Ihrer Wahl zum Präsidenten beziehungsweise zum Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik zu begrüßen.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben der Existenz der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, den Gemetzeln in Europa ein Ende bereitet und die Knechtung europäischer Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.

Die Erfahrung des letzten Krieges hat gelehrt, daß die größten Opfer in diesem Kriege das deutsche und das sowjetische Volk gebracht haben, daß diese beiden Völker über die größten Potenzen in Europa verfügen, große Aktionen von Weltbedeutung zu vollbringen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg geführt haben, so kann man den Frieden in Europa für gesichert ansehen.

Wenn Sie also das Fundament für ein einheitliches demokratisches und friedliebendes Deutschland legen, so vollbringen Sie damit auch ein großes Werk für ganz Europa, indem Sie ihm einen festen Frieden gewährleisten.

Sie können gewiß sein, daß Sie, diesen Weg einschlagend und die Sache des Friedens festigend, die große Sympathie und die aktive Unterstützung aller Völker der Welt finden werden, darunter des amerikanischen, englischen, französischen, polnischen, tschechoslowakischen, italienischen Volkes, schon gar nicht zu reden vom friedliebenden Sowjetvolk.

Ich wünsche Ihnen Erfolg auf diesem neuen, glorreichen Weg.

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

J. STALIN

13. Oktober 1949

Die historische Bedeutung der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

DAS BEGRÜßUNGSSCHREIBEN des Hauptes der Sowjetregierung, J. W. Stalins, an den Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und an den Ministerpräsidenten Otto Grotewohl hat die ganze Welt durchleuchtet. Genosse Stalin hat die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik als einen Wendepunkt in der Geschichte Europas bezeichnet.

Nach Ende des zweiten Weltkriegs gewann das Problem des künftigen Schicksals Deutschlands, des Charakters des deutschen Staates und seiner Rolle in Europa besondere Bedeutung. Um einen dauernden Frieden zu gewährleisten, galt es zu erreichen, daß Deutschland nicht Herd der Aggression und der ständigen Bedrohung des Friedens bleibe, sondern sich in einen friedliebenden demokratischen Staat verwandle, wie dies in den Potsdamer Beschlüssen vorgesehen war.

Die Ausrufung der Deutschen Demokratischen Republik zeigte die Reife des Lagers der deutschen Demokratie und die Entschlossenheit des deutschen Volkes, vorwärtzuschreiten auf dem Wege des Friedens und der Demokratie. Sie offenbarte zur gleichen Zeit den Zusammenbruch der Versuche der Imperialisten, die Nachkriegsentwicklung Deutschlands in die alte Bahn der Reaktion und des Militarismus zu lenken.

Die Botschaft des Genossen J. W. Stalin läßt mit außerordentlicher Tiefe die Bedeutung der historischen Ereignisse hervortreten, die sich im Oktober 1949 in Ostdeutschland vollzogen haben. Es heißt in dieser Botschaft:

„Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Existenz eines friedliebenden demokratischen Deutschland neben der Existenz der friedliebenden Sowjetunion die Möglichkeit neuer Kriege in Europa ausschließt, den Gemetzeln in Europa ein Ende bereitet und die Knechtung europäischer Länder durch die Weltimperialisten unmöglich macht.“

Die verhängnisvolle Rolle des deutschen Imperialismus bei den blutigen Ereignissen der zwei Weltkriege ist bekannt. Dadurch, daß im Herzen Europas ein demokratischer deutscher Staat aufgetaucht ist, bereit, mit seinen Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben, wird die Lage in Europa verändert. Die Gründung der Deutschen

Demokratischen Republik bringt die Pläne der Brandstifter eines neuen Krieges am wichtigsten Abschnitt zum Scheitern.

Es liegt eine tiefwurzelnde Gesetzmäßigkeit darin, daß es die sowjetische Besatzungszone ist, die zur Wiege des neuen, demokratischen Deutschland wurde. Von den vier Siegermächten, die das Potsdamer Abkommen geschlossen haben, benutzte nur die Sowjetunion ihre Befugnisse als Besatzungsmacht, um konsequent die Grundsätze der Demokratisierung und Entmilitarisierung Deutschlands und seiner Wiederherstellung als einheitlichen friedliebenden Staates zu verwirklichen. Die Sowjetunion trat für diese Grundsätze am runden Tisch der internationalen Beratungen ein, sie setzte sie im Rahmen der gesamten Tätigkeit der Sowjetischen Militärverwaltung tagtäglich in die Tat um.

Bekanntlich trugen sich die Westmächte, die jetzt ihre Politik der Spaltung Deutschlands mit der Bildung des Ersatzstaats der Bonner Marionetten gekrönt haben, schon während des Krieges mit Plänen zur Zerstückelung des deutschen Staates und zur nationalen Unterjochung des deutschen Volkes. Im Jahre 1943, während der Konferenz von Teheran, schlugen die USA die Auflösung Deutschlands in fünf Teile vor. Im Oktober 1944 kamen Churchill und Eden mit ihrem Plan der Auflösung Deutschlands in drei Teile. Nur die entschiedene Weigerung der Sowjetregierung, an einer Zerstückelung des deutschen Staates und am Raub der Souveränität des deutschen Volkes teilzunehmen, führte zum Scheitern dieser imperialistischen Vorhaben.

Im Gegensatz zu derartigen hinverbrannten Plänen Englands und der USA, die von der Aufteilung Deutschlands und der Unterjochung seiner einzelnen Teile, träumten, behielt die Sowjetunion stets den Kurs auf Erhaltung der Einheit Deutschlands und auf Umwandlung Deutschlands in einen demokratischen friedliebenden Staat bei. J. W. Stalin, der Führer des Sowjetvolkes, erklärte bereits 1942, als der Krieg im vollen Gange war:

„Es wäre ... lächerlich, die Hitlerclique mit dem deutschen Volke, mit dem deutschen Staate gleichzusetzen. Die Erfahrungen der Geschichte besagen, daß die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“

Am 9. Mai 1945, nach der Kapitulation Deutschlands, erklärte Genosse Stalin wiederum:

„Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschiekt, Deutschland zu zerstückeln oder zu vernichten.“

Die jetzige Botschaft des Genossen Stalin hat in den breitesten Schichten des deutschen Volkes lebhaftesten Widerhall gefunden. Auf zahlreichen Kundgebungen, in den Erklärungen der demokratischen Organisationen, in der Presse wird hervorgehoben, daß die Botschaft des Genossen Stalin die demokratischen Kräfte Deutschlands zum Kampf für den Frieden, für die Schaffung eines einheitlichen friedliebenden Staates begeistert. Genosse Stalin schrieb:

„Die Erfahrung des letzten Krieges hat gelehrt, daß die größten Opfer in diesem Kriege das deutsche und das sowjetische Volk gebracht haben, daß diese beiden Völker über die größten Potenzen in Europa verfügen, große Aktionen von Weltbedeutung zu vollbringen. Wenn diese beiden Völker die Entschlossenheit an den Tag legen werden, für den Frieden mit der gleichen Anspannung ihrer Kräfte zu kämpfen, mit der sie den Krieg geführt haben, so kann man den Frieden in Europa für gesichert ansehen.“

In ihrer Antwort auf das Begrüßungsschreiben des Genossen Stalin versprechen der Präsident der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und Ministerpräsident Otto Grotewohl im Namen des deutschen Volkes feierlich,

„alles zu tun, damit die beträchtlichen in der Deutschen Demokratischen Republik verkörpert Kräfte fortan mit gesteigerter Entschlossenheit für die Erhaltung und Festigung des Friedens eingesetzt werden“.

Die englisch-amerikanische Propaganda reagierte auf die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik mit Wutgeheul, mit einer

Sturmflut von Verleumdungen und Insinuationen. Jedoch ist die Verwirrung im Lager des Feindes des Friedens und der Demokratie offensichtlich und begreiflich, wie auch der Stoß offensichtlich ist, den die Pläne der amerikanischen Imperialisten erhalten haben. Ihre Bonner Marionetten, die den Deutschen nichts zu bieten haben außer hohler Demagogie und gefährlichen revanchistischen Wahnideen, verlieren endgültig den Boden unter den Füßen.

Die Regierung Grotewohl ist mit einem konkreten Programm für die politische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Staates hervorgetreten. Die Sowjetregierung, die bereits am 10. Oktober bekanntgab, daß die Verwaltungsfunktionen, die bisher zu den Befugnissen der Sowjetischen Militärverwaltung gehörten, der deutschen Provisorischen Regierung übertragen werden, hat den Beschluß gefaßt, mit der Deutschen Demokratischen Republik diplomatische Vertretungen auszutauschen.

Das gesamte demokratische und antiimperialistische Lager begrüßt die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik als historischen Sieg der fortschrittlichen Kräfte des deutschen Volkes.

Zum erstenmal entsteht ein deutscher Staat, auf den die andern Völker Europas ohne Unruhe blicken können, schreibt die rumänische Zeitung „România Liberă“. Die polnische „Trybuna Ludu“ stellt fest, daß die Deutsche Demokratische Republik entschlossen dem Lager des Friedens beitrifft, das geleitet wird von der Sowjetunion, der Führerin der an ihrer Seite schreitenden Länder der Volksdemokratie.

Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik festigt die Friedensfront in Europa und in der ganzen Welt. Geleitwort im Kampf um die Vereinigung des gesamten deutschen Volkes sind ihr die Stalinschen Worte:

Es lebe und gedeihe das einheitliche, unabhängige, demokratische, friedliebende Deutschland!

Die Arbeiterklasse Frankreichs im Kampf für ihre Lebensinteressen

Benoît FRACHON

Generalsekretär der Allgemeinen Arbeitskonföderation Frankreichs

IM LAUFE der letzten Septemberwoche tagte die französische Regierung, man kann sagen, ununterbrochen. Zwischen den Vertretern der verschiedenen am Ministerrat beteiligten Parteien wurden ohne Ende Geheimabmachungen getroffen. Mehrmals hing das Geschick des Kabinetts an einem Faden, bis es schließlich fiel. Man mußte die Dienste durchtriebener, in der Praxis der bürgerlich-parlamentarischen Manöver gewiegter Politiker in Anspruch nehmen, damit die Regierungsmehrheit in der Nationalversammlung nicht in Stücke gehe.

Keiner der Minister wollte die Regierungssolidarität brechen. „Wir sind verurteilt, zusammen zu leben“, sagte einmal Ministerpräsident Queuille zu ihnen. Und wirklich, sie alle sind einverstanden, sich den amerikanischen Imperialisten zu fügen. Sie alle bleiben eifrige Anhänger des Marshallplans, obwohl er bereits die verderblichsten Folgen nach sich gezogen hat. Von den „Sozialisten“ bis zu den Mitgliedern der sogenannten traditionellen Rechtsparteien unterstützen alle die Politik der Repressalien gegen die Arbeiter, die Politik der Kriegsvorbereitungen.

Kurz vor der Regierungskrise feierten alle Minister froh den ersten Geburtstag des Kabinetts Queuille. Sie überboten sich in Lobreden auf nicht existierende Erfolge.

Was ist vorgefallen? Was hat die Idylle gestört und die Lorbeeren, mit denen die Minister einander krönten, in alle Winde verweht? Sehr einfach, es geschah folgendes: die Regierungsmachenschaften verhinderte derjenige, der nicht zu den Verhandlungen eingeladen worden war, die Arbeiterklasse.

Die Regierung versuchte, mit der Frankabwertung zusammenhängende Probleme zu lösen, ohne die Interessen und die Meinung der Werktätigen zu berücksichtigen. Offenbar glaubten die Minister, es werde alles ohne Komplikationen abgehen. Der Vorsitzende des Ministerrats erklärte laut und vernehmlich, es liege keinerlei Gefahr einer öffentlichen Erregung vor. Der Innenminister ging noch weiter, er äußerte, daß es zu keinen aufrührerischen Streiks — wie er jeden Lohnstreik nennt — kommen werde.

Die Rechtssozialisten waren überzeugt, sich durch Bildung der Spalterorganisation „Jouhaux“ eine Basis zum Manövrieren in der Arbeiterbewegung geschaffen zu haben. Etwas beunruhigt waren allerdings die Katholiken aus der Volksrepublikanischen Bewegung; die christlichen Gewerkschaften zeigen das unverkennbare Bestreben nach Herstellung der Aktionseinheit mit der Allgemeinen Arbeitskonföderation. Aber die Führer dieser Partei maßen dem keine große Bedeutung bei.

Die Berechnungen der Reaktionäre erwiesen sich als falsch. Sie beruhten auf dem Glauben, daß die Arbeiterklasse durch Gewaltakte der Polizei, endlose Verletzungen der Gewerkschaftsfreiheiten und des Streikrechts sowie durch unsaubere Machenschaften einiger Verräter unterdrückt werden könne. Diese Herrschaften haben sich nicht zum erstenmal verrechnet. Diesmal haben sie der tiefen Unzufriedenheit aller werktätigen Schichten, ihrem starken Streben nach Einheit nicht Rechnung getragen. Dieses Streben wächst mit der zunehmenden Schwierigkeit des Kampfes und macht die Manöver der bürgerlichen Agenten in der Arbeiterbewegung zunichte.

Die Regierungskrise entbrannte als Folge des Bankrotts der Politik des regierenden Lagers. Die bürgerlichen Politikaster suchen der Krise mit den üblichen schmutzigen Schachereien und Ministerkombinationen Herr zu werden. Diese Versuche steigern die Entrüstung der werktätigen Massen. Der Klassenkampf wird noch erbitterter, und das französische Proletariat sammelt neue Kräfte durch Festigung seiner Einheit.

* * *

Die Werktätigen haben vielerlei Anlaß zur Entrüstung. Der Marshallplan hat seine verderblichen Früchte getragen. Die Leute, die ihn anfangs priesen, riskieren es jetzt selten, von seinen Vorzügen zu reden, besonders wenn sie es mit einem Arbeiterpublikum zu tun haben.

Trotz der optimistischen Versicherungen der regierenden Kreise hat die Arbeitslosigkeit bereits einen bedeutenden Teil der Werktätigen erfaßt. Sie droht, sich auf viele Industriezweige auszu-

dehnen. Offiziellen Angaben zufolge gab es im August nur 42 196 Vollarbeitslose. Aber diese Zahl hat nichts mit der Wirklichkeit gemein.

Sie erfaßt nur Empfänger der Elendsunterstützung (150 Frank am Tag), die den registrierten Arbeitslosen ausbezahlt wird. Es ist aber nicht so leicht, auf dem Arbeitsamt registriert zu werden. Unterstützungsfonds für die Arbeitslosen haben nur große Städte. Indessen fallen gerade die kleinen und mittleren Betriebe, die in der Regel in kleinen Ortschaften liegen, als erste der Krise zum Opfer. Die Arbeitslosen in diesen Ortschaften sind statistisch nicht erfaßt, weil sie keinerlei Unterstützung beziehen.

Unter den Arbeitslosen sind viele verheiratete Frauen. Auch sie werden nicht mitgerechnet, da sie kein Anrecht auf Unterstützung haben. Eine riesige Anzahl von Arbeitslosen geht infolge drakonischer Bedingungen, die eine Art Ansässigkeitsnachweis vorschreiben, der Unterstützung verlustig. Viele können sich nicht registrieren lassen, weil sie hierfür eine weite Reise unternehmen müßten, die Reisespesen jedoch für sie unerschwinglich sind. Behält man dies alles im Auge, so kann man mit voller Berechtigung annehmen, daß es in Wirklichkeit fünf- bis sechsmal mehr Arbeitslose als Unterstützungsempfänger gibt.

Das wird auch durch andere Tatsachen bestätigt. Innerhalb von zwei Jahren ist die Zahl der Arbeiter in den Kohlengruben um 50 000, die der Eisenbahner noch erheblicher zurückgegangen; 200 000 Werktätige arbeiten weniger als 32 Stunden, 255 000 weniger als 40 Stunden die Woche. Der Abbau betraf die Industriezweige, die Gebrauchsgüter herstellen, am allerschwersten. Die Produktion der Wäscheindustrie belief sich z. B. im ersten Quartal 1949 (gegenüber einem Quartalsdurchschnitt von 24 737 Tonnen im Jahre 1938) auf nur 16 000 Tonnen. An Schuhen wurden im ersten Quartal 1949 nur 8 685 000 Paar gegenüber einer Quartalsproduktion von 12 845 000 Paar im Jahre 1948 und 16 186 000 Paar im Jahre 1938 angefertigt.

Ein großer Teil der Flugzeugindustrie ist liquidiert. Die Arbeit der in Betrieb befindlichen Unternehmungen ist schwer bedroht, was für die amerikanischen Kapitalisten von Nutzen ist. Von den 92 000 Arbeitern, die 1947 in diesem Industriezweig beschäftigt waren, sind jetzt nur noch 40 000 übriggeblieben. Auch der Lastautobau ist stark zurückgegangen. Was Personenautos betrifft, so liegen zwar noch Aufträge vor, aber das Angebot übersteigt auf diesem Gebiet bereits die Nachfrage. Die Industriellen sind über die Konkurrenz der unter amerikanischer Kontrolle arbeitenden Autowerke Westdeutschlands beunruhigt. Es haben sich große Vorräte an Traktoren und Land-

maschinen angesammelt. In dieser Industrie sind mehrere Werke geschlossen worden, andere drohen mit Entlassungen, während unaufhörlich amerikanische Traktoren in Frankreich eintreffen. Auch die Industrie, die rollendes Material für die Eisenbahnen herstellt, stagniert; die Werke entlassen Arbeiter, da große Mengen amerikanischer Waggons und Lokomotiven ins Land eingeführt werden. Auf den Kriegsschiffswerften, größtenteils den staatlichen, wurden Massenentlassungen vorgenommen (mehr als 4000 Arbeiter wurden in Toulon und Rochefort gekündigt). Dabei wurden allein 1948 im Ausland, namentlich in den USA, Waffen im Werte von 110 Milliarden Frank angekauft.

Man könnte auf diese Weise alle Zweige der französischen Industrie aufzählen und zeigen, wie sie durch die Marshallisierungspolitik geschädigt worden sind.

* * *

Die Arbeiterklasse Frankreichs ist sich völlig darüber im klaren, daß die entstandene Situation auf die Unterordnung der vom regierenden Lager betriebenen Politik unter die Interessen der USA-Imperialisten zurückzuführen ist. Außer der drohenden Arbeitslosigkeit leidet das Proletariat noch unter den niedrigen Löhnen und unter der Lohnstopp-Politik der Regierung.

Der Reallohn ist jetzt um 50 Prozent geringer als 1938. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die 1938 an der Macht gewesene Regierung Léon Blum den Reallohn im Vergleich zu demjenigen, den die Arbeiter nach der machtvollen Streikbewegung 1936 durchgesetzt hatten, bedeutend senkte.

Es ist ganz natürlich, daß Unternehmer und Regierung diese Kennziffern bestreiten. Die werden jedoch selbst durch die offizielle Statistik bestätigt. Nimmt man den Index der Lebenshaltungskosten von 1938 mit 100 an, so betrug er laut offiziellen Angaben Ende August d. J. 1952. Eine vor kurzem von Schiedsgerichten vorgenommene Prüfung der Löhne hat ergeben, daß der Lohnindex (1938 mit 100 angenommen) 845 beträgt. Somit sind die Lebenshaltungskosten gegenüber 1938 auf das 17,52fache, die Löhne auf das 8,45fache gestiegen, mit andern Worten, der Reallohn ist, verglichen mit 1938, um 48 Prozent gesunken.

Kürzlich gab sich das Arbeitsministerium größte Mühe, nachzuweisen, daß die Löhne höher sind, als wir behaupten. Aber die Presseorgane der Unternehmer bestätigen, ohne es selber zu wollen, unsere Angaben. In einer ihrer Zeitschriften wiesen die Besitzer von Hüttenwerken darauf hin, daß der durchschnittliche Stundenlohn der Hüttenarbeiter der Pariser Region im Dezember 1938 10,40 Frank betrug. Zu gleicher Zeit erklärte

der Leiter einer Unternehmerorganisation, derselbe Hüttenarbeiter verdiene jetzt 94 Frank pro Stunde. Das bedeutet, daß die Löhne auf das Neunfache, die Lebenshaltungskosten aber auf das 17,5fache gestiegen sind.

Zugleich mit der Verelendung der Arbeiterklasse wachsen die Gewinne der großen Truste. Eine Untersuchung der Bilanzen von 450 Aktiengesellschaften hat ergeben, daß diese 1946 einen Gewinn von 8 827 000 000 Frank einstrichen, 1947 einen Gewinn von 15 666 000 000, 1948 von 34 281 000 000. Diese Zahlen sind natürlich nur als Kennziffern für das Ansteigen der Einkünfte anzusehen. In Wirklichkeit waren die Gewinne dieser Gesellschaften bedeutend größer, da es zahllose Möglichkeiten zu ihrer Tarnung gibt. Man rechnet in der Regel, daß die wirklichen Einkünfte das Siebenfache der angegebenen ausmachen.

Die Werkstätigen können eine so maßlose Bereicherung der Monopole zu einer Zeit, wo sie selbst ein Elendsdasein fristen, nicht ruhig mit ansehen. Hinzu kommt noch der ungeheuerliche Rüstungshaushalt.

* * *

Regierung und Unternehmer suchen die Unzufriedenheit der Werkstätigen zu unterdrücken. Das Streikrecht wird gröblich mit Füßen getreten. Sobald die Arbeiter einen Streik ausrufen, übernimmt die Polizei unter dem Vorwand, das Arbeitsrecht garantieren zu wollen, die Rolle des Streikbrechers. Die Betriebsinhaber sind bemüht, möglichst viele Aktivisten, Arbeiterdelegierte und Leiter von Gewerkschaftsorganisationen zu entlassen. Ein Mittel zur Untergrabung der Arbeiterbewegung ist die Schaffung zahlreicher kleiner Gewerkschaftsorganisationen, die gänzlich von den Unternehmern abhängig sind.

Aber unter der Leitung und auf Initiative der Allgemeinen Arbeitskonföderation erteilen die Werkstätigen den Ränken der Reaktion eine entschiedene Abfuhr. Charakteristisch für den Kampf der Arbeiterklasse Frankreichs war in den letzten Monaten unter anderem, daß dieser Kampf sich in vielen Betrieben entspann und überall im Zeichen der Einheit stand. So z. B. haben die Werkstätigen, trotz des Widerstrebens der Regierung und der Unternehmer, die Auszahlung von Urlaubsgeld in Höhe von 5000 Frank — eine Forderung, die von der Allgemeinen Arbeitskonföderation gestellt wurde — in tausenden Betrieben durchgesetzt. Alle Gewerkschaftsbünde, darunter auch die Organisation 'Jouhaux', 'Force Ouvrière', mußten diese Forderung in ihr Programm aufnehmen; weil alle Arbeiter in den Betrieben gemeinsam dafür kämpften.

Ebenso steht es mit dem Lohnkampf. Lange war die Allgemeine Arbeitskonföderation der einzige Gewerkschaftsbund, der eine 20prozentige Lohnerhöhung forderte. Jetzt mußten alle Organisationen, darunter auch die 'Force Ouvrière', diese Forderung stellen. Warum? Weil im Lohnkampf allmählich und überall eine Aktionseinheit der primären Gewerkschaftsorganisationen entstand und dieser Kampf in vielen Fällen mit einem Erfolg endete.

Jetzt kommt es zu keiner einzigen Aktion der Arbeiter, ohne daß die Aktionseinheit im Betrieb zustande käme. Vergebens beschwören die spalterischen Obermacher der 'Force Ouvrière' die Mitglieder ihrer Gewerkschaften, und sie versuchen umsonst, sie einzuschüchtern. Komitees der Aktionseinheit wurden in 15 Föderationen und mehreren Departementsverbänden zusammen mit den Organisationen der christlichen Gewerkschaften gebildet. Häufig nehmen auch die Ortsgruppen der 'Force Ouvrière', trotz des Verbotes ihrer Leitung, daran teil.

So kam es, daß im Augenblick der Frankabwertung alle Gewerkschaftsorganisationen ungefähr die gleichen Forderungen an die Regierung stellten. Das Einheitsstreben der Arbeiter neutralisierte die Manöver der Regierungsbürokraten. Bevor ein Beschluß gefaßt wurde, berieten die Minister mit dem Altmeister der Erpressung und des politischen Betrugs, Léon Blum. Trotzdem konnten sie niemand hinters Licht führen. Ein neuer Ausbruch der Massenentrüstung und neue eindrucksvolle Einheitsdemonstrationen waren das anschaulichste Resultat der Regierungsmaßnahmen, die ebenso wie früher auf Geschwätz über eine Senkung der Preise hinausliefen, während diese erhöht wurden.

Hier die populärsten gegenwärtigen Forderungen der Arbeiter:

sofortige Auszahlung von 3000 Frank monatlich an alle Erwerbstätigen (Lohnzuschlag von ungefähr 20 Prozent);

allgemeine Änderung der Löhne durch unverzüglichen Abschluß von Kollektivverträgen bei voller Freiheit der Lohnfestsetzung, d. h. Einstellung der von der Regierung betriebenen Lohnstopp-Politik;

Festsetzung eines garantierten Lohnminimums für alle Erwerbstätigen;

Einführung der gleitenden Lohnskala, die die Möglichkeit geben wird, die Löhne bei jeder neuen Preiserhöhung automatisch abzuändern;

Rückkehr zur 40-Stunden-Woche unter Beibehaltung der Löhne für die 48-Stunden-Woche.

Diese von der Allgemeinen Arbeitskonföderation aufgestellten Forderungen fanden so weitgehenden Widerhall, daß alle ändern Gewerkschafts-

verbände sie in der Hauptsache übernehmen mußten. Manche Organisationen machen noch Einwände gegen die Rückkehr zur 40-Stunden-Woche, in den Betrieben aber sind diese Forderungen fast einmütig angenommen worden.

* * *

Wir sehen, daß in Frankreich ein großes Gefecht zwischen der Arbeiterklasse und dem regierenden Lager tobt. Es steht noch ein außerordentlich harter und schwerer Kampf bevor, da im Grunde die gesamte Marshallisierungspolitik auf dem Spiel steht. Der Feind wird alle Kräfte aufbieten. Er wird nach wie vor von den USA-Imperialisten und ihren käuflichen Agenten unterstützt, von denen es in Frankreich wie zu Zeiten der hitlerfaschistischen fünften Kolonne wimmelt.

Wir wissen ausgezeichnet, daß die den Leitern des Marshallplans untergeordneten Spalter sich erneut wie 1947 und 1948 bemühen werden, die Rolle von Streikbrechern zu spielen. Aber ihre Manövrierfähigkeit nimmt ab, je mehr die Einheitsbewegung an der Basis erstarkt. Jedenfalls müssen wir auf der Hut sein und die provokatorischen Ränke und Wühlversuche der Feinde enthüllen.

Die Arbeiterklasse Frankreichs festigt ihre Positionen ganz erheblich. Daß sie auf dem Weg zur Einheit viel erreicht hat, ist ein Unterpfand ihres Erfolgs. Sie lehnt entschieden die „Theorie des Abwartens“ ab, deren Prediger sich Mühe geben, sie, wie sie sagen, in Erwartung des Generalstreiks zur Tatenlosigkeit zu zwingen. Einmütig kämpfen die Arbeiter in jedem Industriezweig wie in jedem Betrieb, was sie nicht daran hindert, auch die Möglichkeit einer umfassenderen Vereinigung der Bemühungen ins Auge zu fassen.

Die Werktätigen gelangen immer mehr zu der Überzeugung, daß man mit der allgemeinen Politik der Regierung Schluß machen und nicht nur ihre Zusammensetzung, sondern ihren Charakter ändern muß. Mit andern Worten, man muß die marshallisierte Regierung der nationalen Katastrophe durch eine Regierung der demokratischen Einheit ersetzen, deren Politik sich auf die Volksmassen stützt. Es versteht sich von selbst, daß wir von der Allgemeinen Arbeitskonföderation uns völlig darüber klar sind, welche Verantwortung wir für die Organisation und Leitung des Kampfes um die Erringung dieses Ziels tragen.

Paris, im Oktober 1949

Die Geheimstrategie des USA-Imperialismus

W. MINAJEW

SCHON im Laufe des zweiten Weltkriegs, besonders aber nach seinem Ende, sammelte sich in der periodischen Presse und auf den Büchermärkten Amerikas und Europas eine umfangreiche Literatur über die Tätigkeit des amerikanischen Spionagedienstes. In der Regel sucht sie nachzuweisen, daß die USA früher eigentlich niemals einen richtiggehenden Spionagedienst gehabt hätten, daß die verschiedenen Formen der Miniertätigkeit dem „amerikanischen Geist“ zuwider wären, und daß lediglich die Umstände des zweiten Weltkrieges die USA gezwungen hätten, einen regelrechten Agentennachrichtendienst einzurichten. Nach diesen Darstellungen wäre ihm nur eine einzige Aufgabe gestellt worden, nämlich „Unterlagen für die militärischen Bemühungen der Alliierten im Kampf gegen Hitlerdeutschland und das militaristische Japan zu verschaffen“ und der „illegalen Widerstands-

bewegung der Völker in den von den Aggressoren besetzten Ländern jedwede Hilfe angedeihen zu lassen“.

Die USA-Imperialisten wollten ihren Spionagedienst auf diese Weise mit dem Nimbus der Erhabenheit umgeben. Die Unzahl der zu verschiedenen Zeiten in der Sowjetpresse und in der fortschrittlichen Auslandspresse veröffentlichten Tatsachen hat diese Lüge schon vor langer Zeit an den Tag gebracht und den USA-Kundschaftern die antifaschistische Maske vom Gesicht gerissen. Dieser Maske der Erhabenheit bedurften sie zur Tarnung bei weitem nicht erhabener Ziele, die in folgendem bestanden:

während des Krieges die antifaschistische illegale Bewegung in Europa mit ihren Agenten zu durchsetzen, die gegen die hitlerfaschistischen Okkupanten gerichtete Tätigkeit dieser Bewegung zu lähmen;

mit Hilfe dieses Agentennetzes zu gewährleisten, daß in den von der Sowjetarmee befreiten Ländern reaktionäre, auf die USA orientierte Regimes an die Macht kämen;

sich vermittels dieses Agentennetzes systematisch Spionagematerial über die Sowjetarmee und die Sowjetunion, über die demokratische Bewegung, über die Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern zu verschaffen.

Gerade damit befaßte sich ein in den USA geschaffenes Amt, das den Namen Strategisches Dienstbüro (Office of Strategic Services — OSS) erhielt. Es wurde im Juli 1941 (ursprünglich als Büro zur Koordinierung von Nachrichten — Coordinator of Information) gegründet und entwickelte sich bald zu einem gewaltigen Apparat mit mehr als 12 000 Angestellten. An die Spitze der OSS trat William J. Donovan, der Mitbesitzer einer großen Anwaltsfirma in New York. Donovan hatte seine Tätigkeit als Privatunternehmer schon seit vielen Jahren mit dem Beruf eines Kundschafters verknüpft. Der Zeitschrift „Life“ zufolge war er zwischen den beiden Weltkriegen „inoffizieller USA-Beobachter in Europa“.

Die USA-Presse hat nicht wenig über Donovan geschrieben, auch schrieb er selber über sich, aber eines seiner Verdienste vor den Herren der Wall Street ist unerwähnt geblieben. Es handelt sich darum, daß kein anderer als der frühere OSS-Chef der Urheber jenes Planes war, laut dem der amerikanische Spionagedienst in die Leitung der Widerstandsbewegung eindringen sollte. Für diesen Zweck verausgabte die OSS binnen rund vier Jahren 135 Millionen Dollar, nach Kräften bemüht, die antifaschistische Bewegung der unterjochten Völker Europas zu untergraben und zu zersetzen. Keine Statistik kann die Opfer zählen, die die fortschrittliche Menschheit infolge dieser „Strategie“ der USA-Imperialisten zu beklagen hat.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß auch die Tätigkeit der OSS auf dem Gebiet der Militärspionage eine besondere Bestimmung hatte: sie sollte gewährleisten, daß durch Bombenfliegeraktionen nur Unternehmen zerstört würden, die den USA Konkurrenz machten, wohingegen Fabriken und Werke, an denen das USA-Kapital in irgendeinem Maße interessiert war, völlig unversehrt zu bleiben hatten.

Donovan hatte schon vor Beginn des zweiten Weltkriegs die Idee, die Widerstandsbewegung gegen den Faschismus mit Agenten zu durchsetzen, und schon damals begann er mit ihrer praktischen Ausführung. In seinem in der Zeitschrift „Life“ veröffentlichten Artikel „Der Nachrichtendienst als Schlüssel zur Verteidigung“ bezeichnet Donovan, wie er während des Bürger-

kriegs in Spanien die Wirkung eines deutschen 8,8-cm-Geschützes beobachtete, als dieses einen Angriff der Francotruppen deckte. Er verschwieg dabei jedoch, daß er sich bei seinem Aufenthalt in Spanien auch mit „wichtigeren Angelegenheiten“ befaßte, nämlich mit der Ausfindigmachung von Methoden, durch die der amerikanische Spionagedienst in die Reihen der Republikaner eindringen könnte.

Da sich zu jener Zeit in den gegen die Faschisten kämpfenden internationalen Bataillonen in Spanien Vertreter der fortschrittlichen Öffentlichkeit vieler Länder befanden, wurden sie von den imperialistischen Spionagediensten eifrig bespitzelt. Nach Spanien wurden die erfahrensten Agenten entsandt, und diese entfalteten eine besonders aktive Tätigkeit, als zehntausende Republikaner und ihre Anhänger in Frankreich interniert wurden. Werber des amerikanischen, des englischen, des deutschen und des französischen Spionagedienstes verschafften sich Eingang in die Konzentrationslager und hielten dort Ausschau nach dunklen Elementen. Gelang es ihnen, jemand anzuwerben, so wurde der Betreffende auf freien Fuß gesetzt. Beim Rajkprozeß stellte sich zum Beispiel heraus, daß dort die alten deutschen Agenten ausfindig gemacht und jugoslawische Vagabunden als neue Agenten angeworben wurden (Bebler und andere).

Die USA-Imperialisten, die der Tätigkeit der OSS außerordentliche Bedeutung beimaßen, wählten den Personalbestand für sie mit besonderer Sorgfalt aus. Sprößlinge der reichsten Familien traten in den Dienst der OSS. Oberstleutnant Corey Ford und Major Alastair MacBain schreiben in ihrem Buch „Mantel und Dolch“:

„... Was sein (General Donovans) Personal angeht, so besetzte er die entscheidenden Posten mit prominenten Bankiers und Industriellen — darunter Namen wie Vanderbilt, duPont und Morgan —, die die europäische Finanzwelt kannten und dazu noch gut über die verschiedenen strategisch wichtigen Gebiete unterrichtet waren. Er stellte namhafte Diplomaten ein wie Hugh Wilson, unsern letzten Botschafter in Deutschland, John Wiley, den ehemaligen Gesandten in Litauen, und schließlich Allen Dulles, die Zentralfigur bei den Geheimverhandlungen mit dem SS-Obergruppenführer Wolff und dem deutschen Oberkommando in Italien.“

Zu den OSS-Beamten gehörte Raymond Guest, ein Vetter Winston Churchills. Einer der Gewährsleute der Wall Street in der OSS und gleichzeitig prominentester Leiter des amerikanischen Spionagedienstes in Europa war Allen W. Dulles, ein Bruder und Geschäftspartner John Foster Dulles'. War Donovan der Urheber der Idee, die Widerstandsbewegung im Interesse der USA auszunutzen, so war Allen Dulles ihr praktischer Vollstrecker. Er war insbesondere aktiv an der

Ausarbeitung und der gemeinsam mit dem englischen Spionagedienst vorgenommenen Durchführung des von Churchill besonders begünstigten Plans zur Verwendung der trotzkistisch-faschistischen Titoclique als Werkzeugs der Imperialisten beteiligt. Wie sich beim Rajkprozeß herausstellte, war der größte Teil der unmittelbaren Umgebung Titos während des Kriegs von den englisch-amerikanischen Imperialisten angeworben worden.

Allen Dulles etablierte sich in der Schweiz, wo er die sogenannte europäische OSS-Zentrale schuf. Eine Seite der Tätigkeit dieser Zentrale verdient besondere Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit dem Prozeß gegen Rajk und dessen Komplizen. Die Entlarvung der Rajkgruppe und der Budapester Prozeß waren von gewaltiger Bedeutung für die Bloßlegung der verschlagensten Minierpläne des Imperialismus in Osteuropa, namentlich für die Entlarvung der Rolle des englischen und des amerikanischen Spionagedienstes.

Zahlreiche amerikanische Kundschafter, die in den europäischen Ländern tätig waren, nahmen Fühlung mit sogenannten „linken Elementen“ auf. Mit Hilfe dieser neu in den Dienst des amerikanischen Spionagedienstes getretenen Agenten sowie der schon zuvor angeworbenen Agenten begann die OSS, in die Widerstandsbewegung und — auf dem Weg über die antifaschistische illegale Bewegung — in die Arbeiterorganisationen und die sonstigen demokratischen Organisationen Europas einzudringen.

Zur allgemeinen Leitung dieses Teils der OSS-Tätigkeit wurde eine Sonderabteilung unter Major Arthur J. Goldberg und George O. Pratt gebildet. Pratt war zuvor Hauptrechtsberater des Washingtoner Regierungsamtes für Arbeitsfragen (NLRB) gewesen. Dieses Amt stellte der OSS Kenner der Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern zur Verfügung. Anfang 1942 wurde die erwähnte OSS-Abteilung nach London verlegt, um dem Aktionsschauplatz näher zu sein. Binnen kurzer Frist organisierte sie besondere operative Gruppen zur Durchdringung der Widerstandsbewegung in Frankreich, Belgien, Norwegen und Polen. In gleicher Weise betätigte sich die von Allen Dulles geleitete obenerwähnte Schweizer europäische OSS-Zentrale in Italien, Ungarn und Jugoslawien.

Die USA-Presse hat besonders große Reklame für die „gewaltige Hilfe“ gemacht, die die OSS während des Kriegs der Widerstandsbewegung erwiesen haben soll. Nach Angaben in der amerikanischen Presse (siehe z. B. den Artikel „Was Amerika wissen muß“ in „Reader's Digest“ vom Mai 1946) hat die OSS für die illegalen Widerstandsorganisationen von 16 Ländern im Kriege 27 000 Tonnen Waffen und Kriegsmaterial abge-

worfen sowie Tausende von Agenten befördert. In keinem Artikel wird aber erwähnt, daß diese Waffen abgeworfen wurden, um fast restlos in die Hände reaktionärer und antidemokratischer Gruppen zu gelangen, die die OSS eigens als Gegengewicht gegen die wahrhaft antifaschistische Widerstandsbewegung geschaffen hatte. Auch wird verschwiegen, daß diese reaktionären Gruppen nicht dazu bewaffnet wurden, um gegen die Hitlerfaschisten zu kämpfen, sondern um im „nötigen Augenblick“ gegen die Teilnehmer der wirklichen Widerstandsbewegung eingesetzt zu werden. Schließlich wird auch nichts davon gesagt, daß es zu den Aufgaben der abgeworfenen OSS-Agenten gehörte, als Spione die Kräfte der Widerstandsbewegung zu erkunden, Verräter ausfindig zu machen und anzuwerben, Terrorakte gegen die demokratischen Leiter der Bewegung zu organisieren, wie auch die Taktik des Abwartens und des Verzichts auf aktive Aktionen gegen die hitlerfaschistischen Okkupanten zu propagieren.

Während des Kriegs stemmten sich die USA und England gegen eine Ausweitung der Tätigkeit jener Widerstandsorganisationen, die von Kommunisten geleitet wurden. Die einzige Ausnahme war die Titogruppe. Die OSS leistete Tito große Hilfe. So wurde in Bari eine Sonderorganisation geschaffen, die Tito systematisch Waffen und Kriegsmaterial zustellte. Sie stand unter der Leitung des OSS-Agenten John Hamilton (eines Hollywooder Filmschauspielers, den man mehr als Sterling Hayden kennt). Wie die Verfasser des obenerwähnten Buches „Mantel und Dolch“ berichten, erhielt Tito dank den Bemühungen der OSS eine recht beträchtliche Menge von Kriegsmaterial. Die Freigebigkeit der amerikanischen Imperialisten ist jetzt begreiflich, ebenso wie auch der Aufenthalt zahlreicher englischer und amerikanischer Missionen beim Stabe Titos und bei einzelnen Stäben der Verbände der jugoslawischen Armee, die gegen die Deutschen kämpften, begreiflich ist. Auf dem Budapester Prozeß stellte sich heraus, daß Tito von 1944 an konspirativen Kontakt mit Allen Dulles aufrechterhielt. Die OSS versorgte Tito und dessen Handlanger mit Waffen, weil sie sie als ihren illegalen Vortrupp auf dem Balkan betrachtete.

So begann die Ausführung des verschlagenen und weitzielenden Plans der Imperialisten, der darin bestand, den demokratischen Kräften von innen her einen Dolchstoß zu versetzen, ein Trojanisches Pferd ins Lager der Demokratie zu schmuggeln. Unter Ausnutzung der jugoslawischen Verräter begannen sie, wie sich auf dem Budapester Prozeß herausstellte, in den Ländern der Volksdemokratie den Aufbau einer aufs strengste getarnten „zweiten Garnitur“ von Agenten.

Die amerikanischen und die englischen Behörden versagten Organisationen der Widerstandsbewegung, deren Leitung sie nicht mit ihren Agenten durchsetzen konnten, jede Versorgung mit Waffen. Tatsachen hierzu führt z. B. ein hervorragender Teilnehmer der Widerstandsbewegung in Frankreich, Adrien Dansette, in seinem Buch „Geschichte der Befreiung von Paris“ an. Dansette weist darauf hin, daß für die Widerstandsabteilungen der Nationalen Front, die in den großen Industriebezirken gegen die Hitlerfaschisten operierten, überhaupt kein Kriegsmaterial abgeworfen wurde, obwohl dazu alle Möglichkeiten bestanden.

Der Charakter, den die „Unterstützung“ der Widerstandsbewegung durch den USA-Spionagedienst trug, kommt am besten in der Formel zum Ausdruck: an die Spitze treten, um sie abzubrehen!

Bei der Herbeiführung der Zusammenarbeit zwischen dem amerikanischen und dem englischen Spionagedienst auf der einen und den trotzkistisch-faschistischen Machthabern Jugoslawiens auf der anderen Seite spielte das Vorhandensein des Kontakts zwischen diesen Spionagediensten und der Gestapo sowie dem hitlerfaschistischen Abwehrdienst eine gewaltige Rolle. Einige Leiter des amerikanischen Spionagedienstes rühmten sich nach Kriegsende wiederholt, sie hätten im hitlerfaschistischen Auswärtigen Amt, in der Gestapo und im deutschen Spionagedienst ihr Geheimagentennetz gehabt. Davon sprach z. B. General Donovan bei einer im April 1946 in New York veranstalteten Diskussion „Die Welt, wie wir sie wollen“. In einem seiner Artikel beschreibt der gleiche General, wie sein Agent es vermochte, einen Posten in der Gestapo zu erhalten, und dergleichen mehr. Derartige Tatsachen sollen nach Meinung der Verfasser einschlägiger Meldungen ein Zeugnis für die besondere Geschicklichkeit und die großen Errungenschaften des amerikanischen Spionagedienstes sein. In Wirklichkeit sieht die Sache jedoch ganz anders aus.

Der amerikanische Spionagedienst hatte nicht nur in den erwähnten hitlerfaschistischen Organen seine Agenten, sondern stand auch mit Leitern dieser Organe in Verbindung. Mehr noch: während des ganzen Krieges erhielt er mit Hilfe besonderer Vertrauensleute Beziehungen zu einzelnen Hauptlingen der Hitlerfaschisten aufrecht. Einer der Vertrauensleute des amerikanischen Spionagedienstes, der diese Verbindung aufrecht erhielt, war eben Allen Dulles. Infolge seiner engen Beziehungen zur Geschäftswelt (die Anwaltsfirma der Brüder Dulles — Sullivan and Cromwell — erledigt bekanntlich die Geschäfte

der Schröderbank, Rockefellers und anderer Truste) galt er unter den deutschen Finanzleuten und Industriellen als einer aus ihrem eigenen Kreise. Im Kriege verschaffte er sich dank seiner alten Beziehungen Zutritt zu den Kreisen des Militärklüngels und der preußischen Aristokratie.

Im Jahre 1944 wurde in diesen Kreisen unter nächster Beteiligung des englischen und des amerikanischen Spionagedienstes eine Verschwörung organisiert, um Hitler aus dem Weg zu räumen und in Deutschland eine Regierung zu bilden, mit der die USA und England hinter dem Rücken der Sowjetunion einen Separatfrieden hätten schließen können. Daß der amerikanische Spionagedienst an der erwähnten Verschwörung beteiligt war, ist aus dem Buch eines der Verschwörer, des deutschen Obersten Fabian von Schlabrendorff, ersichtlich. Es erschien in New York im Jahre 1947 unter dem Titel „Sie hatten Hitler fast getötet“ (They Almost Killed Hitler) und wurde von dem stellvertretenden Leiter der europäischen OSS-Zentrale, Gero von Schulze-Gaevernitz, druckfertig gemacht. Das Vorwort zu dem Buch schrieb General Donovan, redigiert wurde es unter persönlicher Teilnahme Allen Dulles'. Der Verfasser erklärt ohne Umschweife, die Verschwörer hätten in ständiger Verbindung mit Dulles gestanden. Kurz vor dem 20. Juli 1944, dem Stichtag für den Umsturz, traf in Berlin ein gewisser Hans Bernd Gisevius, deutscher Vizekonsul in Zürich und im Nebenberuf amerikanischer Spion seit 1943, mit einem Auftrag ein, den er von Dulles erhalten hatte.

Gisevius war 1940 nach Zürich gekommen, um unter dem Aushängeschild des Konsulats die Funktion eines Beauftragten des von Admiral Wilhelm Canaris geleiteten deutschen militärischen Nachrichtendienstes auszuüben. Bald darauf wurde er von Dulles angeworben. Mit Hilfe von Gisevius trat Dulles in Beziehungen zu General Oster und später sogar zu Admiral Canaris, die gleichfalls amerikanische Spione wurden.

Von 1943 an treten einige leitende Gestapoleute, und zwar Ernst Kaltenbrunner (gleichzeitig faktisch Hitlers Statthalter in Österreich) sowie Walter Schellenberg (Chef des politischen Spionagedienstes), in ständige Verbindung mit dem amerikanischen Spionagedienst. Kaltenbrunner bediente sich zu diesem Zweck eines gewissen Höttl, den er in die österreichische Widerstandsbewegung einschmuggelte. Später unternahmen Höttl und andere deutsche Agenten ständige Reisen in die Schweiz, um Dulles Spionagematerial zu überbringen und dessen Weisungen entgegenzunehmen.

So ist es nicht erstaunlich, mit welcher Leichtigkeit einige OSS-Agenten in den hitlerfaschistischen

Spionagedienst und in die Gestapo eindringen konnten, waren doch viele Leiter dieser Organisationen selber amerikanische Spione. Dem Wesen der Sache nach bestand seit 1943 zwischen dem amerikanischen und dem hitlerfaschistischen Spionagedienst ein heimlicher operativer Kontakt, der gegen die Sowjetunion gerichtet war. Gerade dank diesem Kontakt hatte es der amerikanische Spionagedienst leicht, in die jugoslawische Partisanenbewegung einzudringen. Da die OSS über die Angaben verfügte, die sie von den Leitern des deutschen Spionagedienstes und der Gestapo erhalten hatte, konnte sie mit Sicherheit die Kandidaten vormerken, die in Titos Umgebung zur Anwerbung geeignet waren.

Die in den hitlerfaschistischen Geheimarchiven aufgefundenen Dokumente über die Geheimverhandlungen, die Allen Dulles im Februar 1943 in der Schweiz als Sonderbevollmächtigter der USA-Regierung mit dem hitlerfaschistischen Vertreter Fürsten Hohenlohe führte, enthalten den direkten Hinweis auf die Urquelle des im Budapester Prozeß enthüllten Planes Titos zur Bildung einer sowjetfeindlichen Balkanföderation.

Je näher der Krieg seinem Ende zuing, desto aktiver verstärkte Allen Dulles den Kontakt mit den Hitlerleuten. Anfang 1945 trat er in persönliche Beziehungen zu dem SS-Obergruppenführer Karl Wolff, dem hitlerfaschistischen Polizeichef in Norditalien. Wolff sorgte dafür, daß OSS-Agenten ins Hinterland der deutschen Truppen befördert wurden. Direkt im Zentrum von Mailand, in der Nähe der dortigen Gestapodienststelle, wurde ein Geheimsender der OSS untergebracht. Als Wolff später, von italienischen Partisanen umzingelt, in Lebensgefahr schwebte, organisierte Dulles die Rettung dieses abgefeimten SS-Schergen, indem er ihm den OSS-Agenten Donald Jones zu Hilfe sandte; dieser brachte den in Zivil gekleideten Wolff dann auch glücklich an die österreichische Grenze. Wahrlich, das Sprichwort hat recht, wenn es sagt: „Eine Krähe hackt der andern die Augen nicht aus.“

Der amerikanische Spionagedienst bemühte sich außerordentlich, nach Kriegsende die Geheimarchive des Auswärtigen Amtes, des deutschen Abwehrdienstes und der Gestapo in die Hände zu bekommen. Zu diesem Zweck bildete die OSS beizeiten eine besondere Organisation, an deren Spitze Oberstleutnant Helm gestellt wurde. In den letzten acht Monaten vor der Kapitulation Deutschlands schaffte diese Organisation mehr als 100 Agentengruppen auf deutsches Territorium. Jede dieser Gruppen hatte einen bestimmten Auftrag und führte ihn aus, indem sie die amerikanischen Agenten ausnutzte, die sich im Gestapoapparat und in anderen hitlerfaschistischen

Spezialorganen befanden. Die Materialien über das Geheimagentennetz in diesen Organen wurden unverzüglich ausgewertet.

Seinem sorgfältig ausgearbeiteten Plan folgend, übernahm der amerikanische Spionagedienst buchstäblich im Vorbeigehen die faschistischen deutschen Geheimagenten. Gerade um dieser Aufgabe willen wurden die erwähnten Agentengruppen nach Deutschland eingeschmuggelt, gar nicht aber zur „Einsammlung strategisch wichtiger Informationen“ oder zur „Fahndung nach Kriegsverbrechern“, wie die amerikanischen Kundschafter in ihren „Memoiren“ zu behaupten suchen.

Es gibt ein Sprichwort „Gleich und gleich gesellt sich gern“, gleichbedeutend mit dem russischen Sprichwort „Ein Fischer sieht den anderen schon von weitem“. Die USA-Imperialisten sammelten in den Nachkriegsjahren den Abschaum des niederträchtigen Spionage- und Sabotagenetzes Hitlers unter ihre Banner und nutzten ihn zur Wühlarbeit gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie aus. Diesen sogenannten Fachleuten für „russische Angelegenheiten“, Erzspionen, Zerstörungsagenten und Provokateuren aus allen Spionagediensten des zertrümmerten hitlerfaschistischen Blocks, den flüchtigen Landes- und Hochverrättern wurde in den USA Obdach und Hilfe, in einigen Fällen sogar die amerikanische Staatsbürgerschaft gewährt.

Im Sommer 1949 bildete eine Gruppe einflußreicher Erzreaktionäre unter der Leitung des ehemaligen stellvertretenden Staatssekretärs und früheren USA-Botschafters in Japan, Joseph M. Grews, eine besondere angebliche „Wohltätigkeitsorganisation zur „Unterstützung der Flüchtlinge“ aus den Ländern Osteuropas. Schatzmeister der Organisation ist der Bankier Frank Altschul, Generalsekretär der ehemalige Diplomat Dewitt C. Poole. In der Mitgliederliste dieser Organisation findet man die Namen Allen Dulles; General Dwight D. Eisenhower; James B. Carey, Sekretär des CIO; William Green, Präsident der AFL; Matthew Woll, Vizepräsident der AFL; A. A. Berle, ehemaliger Gehilfe des Staatssekretärs; Henry R. Luce und Mark F. Etheridge, Verleger; Charles Taft, ehemaliger Vorsitzender des USA-Föderal-Kirchenrats; James A. Farley, früherer General-Postmeister der USA; Charles R. Hook, Präsident der „American Rolling Mill Company“, sowie Francis Biddle, ehemaliger Justizminister. Diese hauptsächlich auf Initiative Allen Dulles' gegründete Organisation verfolgt selbstverständlich Aufgaben, die von Philanthropie sehr weit entfernt sind.

Nach dem Scheitern des Plans, die faschistische Titoclique als sorgfältig getarnte Agentur des amerikanischen Spionagedienstes auszunutzen,

einem Scheitern, das nach Veröffentlichung der bekannten Resolution des Informationsbüros Kommunistischer Parteien ganz klageworden war, erwuchs die dringende Notwendigkeit der Aufstellung eines neuen Plans für die Wühltätigkeit gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie. Die obenerwähnte Organisation für „Flüchtlingsunterstützung“ ist offenbar eine der beratenden Körperschaften der Wall Street für die Ausarbeitung einer neuen Miniertaktik. Es geht um die Koordinierung der „Spezialtätigkeit“, d. h. der Spionage- und Sabotagetätigkeit der verschiedensten USA-Organisationen zwecks

Ermittlung neuer Formen und Methoden des Kampfes gegen die Demokratie.

Erbost über die Mißerfolge, die die USA-Imperialisten an der Front des geheimen Kriegs gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie ereilt haben, stellen diese neue Forschungen auf dem Gebiet der illegalen Taktik an. Sie wollen halbstarrig die unumstößliche Tatsache nicht sehen, daß die vergiftete Waffe der Spionage und der Sabotage nicht imstande ist, die Macht von Staaten zu untergraben, in denen die Volksmassen auf der Wacht der von ihnen eroberten Freiheit stehen.

Internationale Umschau

(Notizen)

EIN NEUER SIEG DER SOZIALISTISCHEN WIRTSCHAFT

Am 15. Oktober veröffentlichte die Sowjetpresse eine Meldung der Zentralen Statistischen Verwaltung beim Ministerrat der Union der SSR über die bei der Erfüllung des Staatsplans für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion im dritten Quartal d. J. erzielten Ergebnisse. Dies Dokument zeugt von neuen großen Siegen des sozialistischen Wirtschaftssystems.

Die Industrie der Sowjetunion hat den Plan für das 3. Quartal hinsichtlich der Bruttoproduktion zu 102 Prozent erfüllt. Hierbei ist in Betracht zu ziehen, daß der ursprüngliche Plan dank den Maßnahmen zu einer noch besseren Organisation der Produktion, zur Einsparung von Rohstoffen, Brennstoff und Materialien von der Regierung erhöht werden konnte.

Im 3. Quartal 1949 hat die Sowjetindustrie um 17 Prozent mehr Erzeugnisse geliefert als im 3. Quartal 1948. In neun Monaten des laufenden Jahres wurden um 20 Prozent mehr Industriewaren hergestellt als in der gleichen Zeitspanne des vergangenen Jahres. Dank der weiteren Mechanisierung zeitraubender und schwerer Arbeitsgänge, der Einbürgerung neuer Technik und der weiteren Hebung der Produktionskultur ist die Arbeitsproduktivität im 3. Quartal, verglichen mit der entsprechenden Zeit des vorigen Jahres, um 11 Prozent gestiegen.

Bedeutend sind die Errungenschaften der Landwirtschaft und des Verkehrswesens. An Getreide wurde ein größerer Bruttoertrag erzielt als 1948, er übersteigt den Ertrag des Vorkriegsjahres 1940. Die Stückzahl derjenigen Rinder, die gesellschaftliches Eigentum der Kollektivwirtschaften sind, hat vom 1. Oktober 1948 bis zum 1. Oktober 1949 um 20 Prozent zugenommen, die der Schweine um 76 Prozent, der Schafe und Ziegen um 13 Prozent, des Geflügels um 62 Prozent. Der Staatsplan zur Anpflanzung von Feldschutzstreifen, die hohe Ernteerträge sicherstellen sollen, wird überboten. Auch der Güterumschlag der Eisenbahnen hat, verglichen mit dem Vorjahre, bedeutend zugenommen.

Der Verbrauch an Lebensmitteln und Industriewaren steigt weiter von Quartal zu Quartal. Die systematische Senkung der Preise und die gleichzeitige Erhöhung der Löhne stärken die Kaufkraft der breiten Bevölkerungsmassen. Im 3. Quartal d. J. sind im Vergleich mit dem 3. Quartal v. J. um 15 Prozent mehr Lebensmittel und um 23 Prozent mehr Industrieerzeugnisse abgesetzt worden. Erheblich gewachsen ist vor allem der Absatz an Woll- und Seidenstoffen, Rundfunkempfängern, Uhren, Fahrrädern und Grammophonen.

Die wirtschaftliche Macht des Landes des Sozialismus und das materielle und kulturelle Lebensniveau des Sowjetvolkes steigen ununterbrochen und systematisch von Jahr zu Jahr, von Quartal zu Quartal, von Monat zu Monat. Das ist ein unabänderliches Gesetz des sozialistischen

Volkswirtschaftssystems. Dies Gesetz zeigt sich besonders deutlich in einer Situation, wo die Wirtschaft der kapitalistischen Welt und, was besonders kennzeichnend ist, die des wichtigsten kapitalistischen Landes, der USA, immer tiefer im Morast der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit versinkt. In einer noch schwereren Lage ist die Wirtschaft der Länder Westeuropas. Der Marshallplan hilft ihnen nur in einer Beziehung — sich noch schneller in den Fangseilen der Krise zu verstricken.

Im Kontrast hierzu lassen die wirtschaftlichen Erfolge der Sowjetunion die Überlegenheit des sowjetischen, sozialistischen Wirtschaftssystems besonders anschaulich zutage treten.

IN DEN FUSSTAPFEN HITLERS

Nach einer neunmonatigen Verhöhnung der elementaren Prinzipien der Demokratie hat das New Yorker Gericht, das aus speziell von den Behörden ausgesuchten Schöffen bestand, in Sachen der elf Leiter der Kommunistischen Partei der USA den Schuldspruch gefällt. Dieser Beschluß ist ein Musterbeispiel unerhörter Polizeivillkür.

Der Prozeß in New York wurde nach hitlerfaschistischen Vorbildern inszeniert. Als sogenannte „Zeugen“ traten Berufsprovokateure und Spitzel auf, die vom Föderalen Untersuchungsbüro eiligst auf die Beine gebracht wurden. Schamlos und offen griff Richter Medina zu den schmutzigen Methoden der Erpressung und Einschüchterung, um Angeklagte wie Verteidiger mundtot zu machen. Nach allgemeiner Ansicht der demokratischen Öffentlichkeit der USA ging er mit faschistischen Methoden vor. Noch vor dem Beschluß der Schöffen steckte er willkürlich einige Angeklagte ins Gefängnis, nach dem Prozeß aber setzte er Verteidiger hinter Gitter. Wahrlich, eine solche Willkür ist selbst im Lande des Dollars bisher noch nicht dagewesen.

Wofür wurden die Leiter der Kommunistischen Partei der USA schuldig gesprochen? Dafür, daß diese Partei einen edlen Kampf gegen imperialistische Abenteuer, für wahren Demokratismus sowohl in der Außen- wie in der Innenpolitik, für die hohen Ideen des Friedens und des Sozialismus führte und auch weiter führt. Das ist es, was die heutigen Machthaber der USA fürchten, das ist es, weswegen sie die Kommunisten hassen.

Der Prozeß gegen die Führer der Kommunistischen Partei der USA ist nicht nur ein Exzeß gegen opfermutige Kämpfer für die Zukunft des amerikanischen Volkes. Er ist ein offener Feldzug der hemmungslosen Reaktion gegen die elementaren Bürgerrechte der USA-Bevölkerung.

Ähnlich wie die Hitlerräuber die Vorbereitung ihres aggressiven Krieges mit einem blutigen Terror innerhalb Deutschlands begannen, wollen die heutigen amerikanischen Weltherrschaftsanwärter sich durch zügellosen Terror den Weg zu aggressiven Abenteuern ebnen. Das amerikanische Volk will ebensowenig wie die übrigen Völker der Welt einen Krieg. Die Imperialisten beeilen sich, fortschrittliche Friedenskämpfer hinter Gitter zu sperren und den progressiven Kräften des Landes die eiserne Kandare des Terrors anzulegen, um sich die Hände für die Unterdrückung des Volkswillens frei zu machen.

Die reaktionären Kreise der USA sehen in dem Beschluß des New Yorker Gerichts ein Signal zu weiteren Repressalien gegen die demokratischen Kräfte. So erklärte der Kongreßabgeordnete Harrison, daß „strenge Maßnahmen des Kongresses zur Kontrolle über die Kommunisten und über das Eindringen des Kommunismus“ folgen müßten. Sein Kollege, der Republikaner Velde, forderte sogar, daß der Prozeß gegen die Führer der Kommunistischen Partei „der Anfang eines Kreuzzuges“ sein möge zur Vernichtung aller fortschrittlichen Organisationen der USA „für alle Zeiten“. Wie die Presse meldet, bereitet das Justizministerium schon neue Exzesse vor. Die Kriegsbrandstifter glauben diejenigen ehrlichen Bürger Amerikas einschüchtern zu können, die sich mit der Verwandlung der USA in einen Polizeistaat nicht abfinden wollen und den Mut haben, gegen die im Lande herrschende Willkür offen aufzutreten.

Die fortschrittliche, demokratische Öffentlichkeit der USA legt sich darüber Rechenschaft ab, in welcher Gefahr das amerikanische Volk schwebt und welche Rolle das Stragericht über die Führer der Kommunistischen Partei in den Plänen der regierenden Reaktion spielt. Der amerikanische Jurist Rogge, der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Nationalrats der Wissenschaftler, Künstler und Angehörigen freier Berufe, hat erklärt, falls der Gerichtsbeschluß nicht revidiert werde, könne sich kein einziger Amerikaner, der die Ansichten des regierenden Lagers nicht teile, mehr sicher fühlen.

Die demokratischen Organisationen und die fortschrittliche Öffentlichkeit des Landes fordern entschieden die Aufhebung des Gerichtsbeschlusses und die Wiederaufnahme des Verfahrens.

SCHIFFBRUCH DER VERLEUMDER

Die Obermacher des englisch-amerikanischen Blocks versuchen erneut, der UNO-Vollversammlung fruchtlose Debatten darüber aufzuzwingen, daß in Bulgarien, Ungarn und Rumänien

angeblich die grundlegenden Freiheiten und Menschenrechte mißachtet und daß damit die Bedingungen der Friedensverträge verletzt werden. Die englischen und amerikanischen Vertreter haben im politischen Sonderausschuß mit Hilfe der berüchtigten „Mehrheit“ den Beschluß durchgeboxt, diesen faulen Zauber dem Internationalen Gerichtshof zur Beschlußfassung vorzulegen.

Um welche Menschenrechte, die angeblich in den Ländern der Volksdemokratie verletzt werden, machen sich die Herrschaften aus dem englisch-amerikanischen Block solche Sorgen? Wen nehmen sie unter ihren hohen Schutz? Sie vergießen bittere Tränen über das Geschick verächtlicher Verräter, Provokateure, Spione und Mörder, die von Volksgerichten abgeurteilt sind. Sie verlangen Rechte und volle Handlungsfreiheit für die auf frischer Tat ertappten Agenten ausländischer Spionagedienste.

Besonders empörend ist, daß sie sich hierbei auf die Bedingungen der Friedensverträge berufen. Enthalten diese Verträge ja bekanntlich keineswegs ein Verbot, sondern ganz im Gegenteil eine direkte Vorschrift für die entsprechenden Regierungen, gegen politische, militärische, militariserte und alle sonstigen Organisationen anzukämpfen, die eine der Sowjetunion oder jedem beliebigen andern UNO-Staat feindliche Propaganda betreiben und es sich zum Ziel machen, ein Volk seiner demokratischen Rechte zu berauben.

Gerade für derartige Verbrechen wurden die Verschwörergruppen Petkoffs, Manius und Rajks verurteilt. Wenn sich jetzt die Vertreter des englisch-amerikanischen Blocks zu Beschützern der im Namen des Gesetzes verurteilten Verbrecher aufwerfen, so ist es ganz klar, daß das nichts mit Sorge um die Menschenrechte und um die Erfüllung der Friedensverträge zu tun hat.

Es handelt sich vielmehr darum, daß die Imperialisten in den Ländern der Volksdemokratie ihre wertvollste Agentur eingebüßt haben. Selbstverständlich geht dem Intelligence Service und dem amerikanischen Strategischen Dienstbüro (Office of Strategic Services — OSS) dieser Verlust sehr nahe. Aber man fragt sich, was die Friedensverträge damit zu tun haben und die Organisation der Vereinten Nationen, die die militärischen und politischen Kundschafter Englands und der USA hartnäckig in ihre schmutzigen Machenschaften gegen die Länder der Volksdemokratie zu verstricken trachten.

Der Führer der Sowjetdelegation, A. J. Wyschinski, hat das hinterlistige Gefasel der Verleumder in seiner Rede im Politischen Sonder-

ausschuß der Vollversammlung völlig zerpfückt. A. J. Wyschinski zeigte, daß die Imperialisten, die die Maske uneigennütziger Verfechter der Menschenrechte, die Maske von Verteidigern der Freiheit und der Demokratie anlegen, keineswegs edle Ziele verfolgen und sich durchaus nicht von edlen Motiven leiten lassen. Wer ernsthaft um die Menschenrechte besorgt ist, wird Handlungsfreiheit nicht für Verräter, Mörder und Spione fordern, die Böses gegen ganze Völker im Schilde führen. Was die Rechte und die Freiheiten für ehrliche Menschen, Patrioten und Demokraten anbelangt, so sind sie in den Ländern der Volksdemokratie restlos sichergestellt, während sie in den Staaten der berüchtigten „westlichen Demokratie“ auf Schritt und Tritt verletzt werden.

A. J. Wyschinski warnte mit Recht vor der Gefahr, daß die UNO in die von den reaktionären Kreisen der USA und Englands begonnene feindselige Kampagne gegen die Länder der Volksdemokratie hineingezogen werden könnte zu dem Zweck,

„die Organisation der Vereinten Nationen als Werkzeug ihrer Politik der Druckausübung auf andere Länder, der Politik der Einmischung in deren innere Angelegenheiten zu benutzen, um sie zur Abweichung vom Wege weiterer Entwicklung und Stärkung der Demokratie und des Sozialismus zu zwingen, um zu versuchen, sie unter den eigenen Einfluß zu bringen, wobei man sich bei der Wahl weder der Methoden noch der Mittel geniert“.

Die Sowjetunion, die konsequent gegen diese Versuche der Imperialisten ankämpft, verteidigt die UNO gegen die Anschläge ihrer Feinde und steht für die Reinheit der ihrer Satzung zugrunde gelegten Prinzipien ein.

GRÜNDUNG DER CHINESISCHEN GESELLSCHAFT FÜR CHINESISCH- SOWJETISCHE FREUNDSCHAFT

Das Kuomintangregime, das die fortschrittlichen Bestrebungen der Volksmassen Chinas abwürgte, verhinderte die Festigung der Freundschaft zwischen dem chinesischen Volk und dem Sowjetvolk. Durch Zerschmetterung der reaktionären Kuomintangclique haben die demokratischen Kräfte Chinas die Mauer niedergerissen, die die Reaktionäre zwischen den beiden großen Völkern aufgerichtet hatten.

Einige Tage nach der Ausrufung der Volksrepublik China, am 5. Oktober, wurde in Peking feierlich die Gründungsversammlung der Chinesischen Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft eröffnet. Zur Versammlung waren rund

1500 Delegierte der Einwohnerschaft von Peking, Schanghai, Nanking, Mukden, Harbin, Tientsin, Hankou, Pauting, Kalgan, Tsinan und anderen Städten Chinas sowie der Auslandschinesen eingetroffen.

Die Eröffnungsansprache hielt die Vorsitzende des Vorbereitungskomitees, Sungtschingling (Frau Sunjatsen).

Sie sagte:

„Vor 32 Jahren erschütterte die Oktoberrevolution in Rußland die ganze Welt. Als die Imperialisten aller Länder dies gewaltigste Ereignis in der Geschichte der Menschheit zu verleumden und verunglimpfen suchten, sagte Sunjatsen: „Mit dem Erfolg der russischen Revolution ist in der Menschheit die Hoffnung auf Befreiung wach geworden.““

Weiter rief Sungtschingling eins der wichtigsten Vermächtnisse Sunjatsens an das chinesische Volk in Erinnerung: Hand in Hand mit der Sowjetunion zu gehen.

„Ich schätze mich glücklich“, so sagte sie, „heute den sehnlichen Traum Sunjatsens erfüllt zu sehen.““

Eine lange Rede hielt Liuschaotsi, der zum Vorsitzenden der Chinesischen Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft gewählt wurde. Er gab einen Überblick über die Entwicklungsgeschichte der Beziehungen zwischen den beiden Völkern und hob besonders die große Bedeutung hervor, die die Hilfe und Mitarbeit der Sowjetunion bei der Wiederherstellung und Fortentwicklung der Wirtschaft Chinas hat. Weiter umriß Liuschaotsi die Ziele der Gesellschaft: Festigung und Entwicklung der brüderlichen Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker der Sowjetunion und Chinas, Förderung des Austausches von Kenntnissen und Erfahrungen zwischen den beiden großen Ländern.

Mit Ovationen und mit den Rufen: „Es lebe die Sowjetunion!“, „Hoch die Freundschaft mit der Sowjetunion!“, „Es lebe der große Stalin!“ nahmen die Delegierten die Begrüßungsansprache Alexander Fadejews, des Führers der Delegation sowjetischer Kulturschaffender, auf, der dazu aufrief, die Kulturverbindungen und die brüderliche Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem sowjetischen Volk fortzuentwickeln.

Zahlreiche Delegationen von Gewerkschaften, Jugend-, Studenten- und anderen Organisationen Chinas begrüßten die Schaffung der Gesellschaft und brachten das aufrichtige Bestreben des chinesischen Volkes nach weiterer Festigung der Freundschaft und Erweiterung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion zum Ausdruck.

Auf der Versammlung wurde der Zentralrat der Chinesischen Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft gewählt. In den Städten Chinas werden Ortsgruppen der Gesellschaft gegründet. Die Zusammenarbeit der beiden großen Völker, des Sowjetvolkes und des chinesischen Volkes, mehrt die Kräfte der Demokratie und des Friedens in der ganzen Welt.

DAS KAMPFPROGRAMM DER ITALIENISCHEN GEWERKSCHAFTEN

Am 9. Oktober kam in Genua der zweite Kongreß der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens zum Abschluß. Im Zusammenhang mit der Offensive, die die volksfeindliche Regierung de Gasperi im Interesse der italienischen Monopole und der USA-Imperialisten auf das Lebensniveau und die demokratischen Rechte der Werktätigen unternimmt, hat der Kongreß besondere Bedeutung.

Er hat gezeigt, wie ergebnislos die Versuche der USA-Agenten sind, die Kräfte der Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen und die Allgemeine Arbeitskonföderation Italiens zu untergraben. Trotz Schaffung der katholischen Allgemeinen Freien Italienischen Konföderation, der Italienischen Arbeitsföderation Saragats und der Republikaner sowie der „autonomen“ Gewerkschaften Romitas erfaßt die Allgemeine Arbeitskonföderation gegenwärtig 5 117 000 Mitglieder oder 56,2 Prozent aller Erwerbstätigen. Wie Parodi, der Leiter des Organisationsbüros des Kongresses, dem Korrespondenten der „Unità“ in einem Interview erklärte, ist die Mitgliedschaft der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen trotz aller Bemühungen der Spalter nur um 0,017 Prozent zurückgegangen. An vielen Orten aber ist die Mitgliedschaft der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens sogar bedeutend gewachsen, so z. B. in Mittelitalien um 12 Prozent gegenüber der dortigen Mitgliedschaft vom 31. August v. J., in Süditalien um 26 Prozent, auf Sizilien um 28 Prozent, auf Sardinien um 45 Prozent.

Der Kongreß faßte wichtige Beschlüsse für den weiteren Kampf um Hebung des Lebensstandards der Werktätigen und um volle Freiheit der gewerkschaftlichen Betätigung. Einer der wichtigsten Kongreßbeschlüsse ist der Plan für die Umstellung der Wirtschaft Italiens im Interesse des Volkes und für die Befreiung Italiens aus der Sackgasse, in die die Regierung de Gasperi es geführt hat. Die Hauptthesen des Plans sind:

„1. Nationalisierung der Monopolbetriebe der Elektroindustrie und Schaffung einer Nationalkörperschaft für Kraftstrom, zu deren Aufgaben es gehören soll, die nationalisierten Betriebe zu leiten und den raschesten Bau neuer Wasserkraftwerke sicherzustellen, insoweit

dies für die Entwicklung der Produktion und für die Befriedigung der Bedürfnisse der Landesbevölkerung erforderlich ist.

2. Schaffung einer nationalen Körperschaft für Melioration, Bewässerung und Bodenverbesserung, zu deren Aufgaben es gehören soll, eine intensive Entwicklung der italienischen Landwirtschaft, besonders im Süden, parallel mit dem Beginn der Durchführung einer Bodenreform sicherzustellen.

3. Schaffung einer nationalen Körperschaft für den Volkswohnungsbau, zu dessen Aufgaben es gehören soll, den Bau von Wohnhäusern, Schulen, Krankenhäusern usw. in allen Provinzen Italiens zu gewährleisten, namentlich in Gegenden, die mehr als andere unter dem Kriege gelitten haben.

4. Ausführung eines umfangreichen Programms öffentlicher Arbeiten, die zur Befriedigung der Minimalforderungen des Gemeinschaftslebens der Bevölkerung erforderlich sind (Straßen, Wasserleitungen, Kanalisationsanlagen, Beleuchtungsanlagen, Fernsprecher, Ambulanzen usw.). Die Mittel zur Finanzierung dieses auf drei Jahre berechneten Plans sind zu beschaffen: durch progressive Besteuerung der besitzenden Schichten, in erster Linie der Großmonopolgruppen und der großen Aktiengesellschaften; durch organisierte Zuleitung der Volksparsnisse in die Kanäle produktiver, mit den in diesem Plan gestellten Aufgaben zusammenhängender Investitionen durch Auslandsanleihen, die die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit des Landes nicht beeinträchtigen."

Zur konkreten und praktischen Ausarbeitung des Plans wird eine Landeskongferenz von Persönlichkeiten einberufen werden, die für diese Frage kompetent sind.

Die Allgemeine Arbeitskonföderation Italiens ruft alle Werktätigen des Landes auf, den Plan zu unterstützen und die herrschenden Klassen zur Lösung der volkswirtschaftlichen Probleme im Einklang mit den Interessen des Volkes zu zwingen. Der Kampf hierfür wird die Grundlage der künftigen Tätigkeit der italienischen Gewerkschaften bilden.

STREITIGKEITEN DER ANHÄNGER EINES BLITZKRIEGS

Zwischen dem Oberkommando der Luftstreitkräfte und dem der Marine der USA kommt es ständig zu Balgereien. Nun ist eine Information über vertrauliche Briefe des Admiralstabschefs der USA, Louis Denfelds, des Oberbefehlshabers der pazifischen Flotte, Admiral Radfords, und des Oberbefehlshabers des ersten Geschwaders der Pazifischen Flotte, Vizeadmirals Bogans', in die Presse „durchgesickert“, und das offenbar nicht durch Zufall. Die Schreiber tauschten ihre Eindrücke von der sinkenden Stimmung in der Marine aus und kamen zu dem Schluß, daß das Regierungsprogramm zur Zusammenfassung der Streitkräfte die Angriffsfähigkeit der Kriegsflotte

schwäche. Da so „maßgebliche Erwägungen“ der Öffentlichkeit bekanntgeworden waren, mußte der Heeresausschuß des Repräsentantenhauses wohl oder übel den Sachverhalt in der Flotte prüfen. Das hatten die hohen Admirale auch nur erwartet.

Der Ausschuß wurde sofort von zahlreichen Seeoffizieren allerverschiedensten Ranges angegriffen. Sie alle beklagten sich über die Einmischung von Vertretern der Armee und der Luftflotte in die Angelegenheiten der Marine, über deren Bestreben, die andern Waffengattungen auf Kosten der Flotte auszubauen, usw. usf.

Auf einer Sitzung des Ausschusses hielt Admiral Radford eine große Rede. Er unterwarf das von Verteidigungsminister Johnson ausgearbeitete Programm zum massenhaften Bau der über einen weiten Aktionsradius verfügenden Bomber „B-36“ einer scharfen Kritik. Radford erklärte, diese Bomber seien „für Verteidigungszwecke unbrauchbar und für Angriffszwecke unzulänglich“, sie seien schon veraltet gewesen, bevor man sie zu bauen begonnen habe, und das Luftfahrtministerium habe einen Fehler begangen, als es annahm, man könne mit Hilfe von „B-36“-Bombern einen Krieg durch einen „Atomblitz“ rasch gewinnen. Radford sagte:

„Wir müssen eins begreifen: wir können uns nicht darauf verlassen, daß ein vernichtender Atomblitz... den Krieg gewinnen wird.“

Radford schlug sofort vor, den „Atomblitz“ durch den wirksameren „Marineblitz“ zu ersetzen. Dem Kongreß wird natürlich nahegelegt, ohne Zaudern in die Tasche zu greifen und möglichst viele Dollars zum Ankauf der entsprechenden Rüstungen zu bewilligen. Dann, so versicherte der schneidige Admiral, könne er seine Flugzeuge in solche Gebiete schicken, von denen aus Vorstöße gegen die Sowjetunion unternommen werden können.

Wie wir sehen, sind sowohl die Admirale als auch ihre Gegner aus der Luftflotte Anhänger der längst bankrotten Hitlertheorie von einem Blitzkrieg. Woher also die Streitigkeiten, die nun schon zwei Wochen die Mauern des Kapitols erzittern lassen?

Wie sich herausstellt, hat das Ankaufsprogramm für „B-36“-Bomber in die Geldschränke der Flugzeuggesellschaft Consolidated Vultee, mit der Verteidigungsminister Johnson liiert ist, bereits eine Milliarde Dollar geleitet. Den Kanonenkönigen, die die Marine beliefern, läßt dieser Glücksfall des Flugzeugtrusts keine Ruhe. Deshalb haben sie die Admirale aufgeboten, die sich bald ein Bein ausreißen, um den Goldstrom der Rüstungskredite den mit der Aufrüstung der Kriegsflotte beschäftigten Trusten zuzuleiten.

Die Rüstungsmonopole balgen sich um Milliarden-Rüstungsaufträge, die schließlich die amerikanischen Steuerzahler zu begleichen haben werden?

WER SICH VERTEIDIGT, KLAGT SICH AN

Vor drei Monaten tagte in London eine Geheimberatung diplomatischer Vertreter Englands im Nahen und Mittleren Osten. In die nahöstliche Presse gelangten Meldungen, die englische Diplomatie habe die Absicht, die Situation, die im Zusammenhang mit der Beseitigung der amerikanischen Kreatur in Syrien, Husni Saims, entstanden ist, zur Zimmerung eines Bundes arabischer Länder, bestehend aus Syrien, dem Irak und Transjordanien, auszunutzen. Einige palästinensische Zeitungen betonen, daß sich ein solcher Bund gegen das „Eindringen des amerikanischen Einflusses in den Nahen und Mittleren Osten“ richte.

Die Führer der sogenannten Volkspartei, die nach der Ermordung Husni Saims zur Macht gelangten, schleuderten auf einer Pressekonferenz Blitze gegen die Ausländer, die den Syrern ihnen fremde Projekte von der Art „Großsyriens“ oder einer Föderation der Länder des „segenspendenden Halbmonds“ aufzwingen wollen. Anscheinend aber waren diese Pressekonferenzen zu Ablenkungszwecken einberufen worden, denn in Damaskus hatten, wie es sich erwies, bereits Verhandlungen mit Vertretern des Iraks und Trans-

jordanien stattgefunden, in denen beschlossen worden war, wenn nicht ein „Großsyrien“ zu schaffen, so jedenfalls Syrien, den Irak und Transjordanien unter einer „einheitlichen Verwaltung“ zusammenzufassen. Die nahöstliche Presse führt aus, daß dieser „vereinigte Staat“ eine „gemeinsame Außenpolitik betreiben und eine einheitliche Armee, Währung sowie einheitliche Verkehrs- und Fernmeldemittel haben“ werde. Eine Delegation aus 12 Offizieren der syrischen Armee ist, wie die Beiruter Zeitung „An-Nahar“ mitteilt, anscheinend in Ausführung dieses Programms von Damaskus nach Bagdad gefahren, um die Zusammenfassung der syrischen und der irakischen Armee vorzubereiten.

Die englischen Behörden geben sich den Anschein, als hätten sie mit diesem neuen Plan zur Ummodelung der nahöstlichen Landkarte nicht das geringste zu tun. Die Londoner Presse reagiert auf das ganze verdächtige Treiben mit bedrtem Schweigen. Nur der Londoner Rundfunk hat sich verplappert. Er brachte einen langen Vortrag, in dem er anfangs seine Freude darüber kundtat, daß in Damaskus ein „Streben nach Zusammenfassung Syriens mit dem Irak“ zu beobachten sei, und dann angelegentlich versicherte, London mische sich in diese Sache nicht ein. Wenn London wirklich nichts damit zu tun hat, warum rechtfertigt man sich dann mit solcher Hast? Wer sich verteidigt, klagt sich an, das ist eine bekannte Sache.

Durch Sachsens Städte

(Notizen eines Korrespondenten)

L. SELINSKI

DIE ERSTE OKTOBERHÄLFTE des Jahres 1949 ist zu einem historischen Markstein im Leben Deutschlands geworden. Die Deutsche Demokratische Republik wurde geschaffen. In den Fischersiedlungen Vorpommerns und den Gebirgsdörfern Thüringens, auf den Werften Mecklenburgs und in den Werken Sachsens, in den Dörfern Brandenburgs und den Gruben des Zwickauer Kohlenreviers feiert das deutsche Volk die Geburt des neuen Deutschland, einer Republik des Friedens und der Demokratie. Dieses neue Deutschland erstand aus der Asche des Nachkriegsruins, im Kampf gegen Faschismus und Militarismus, gegen die Unterjocher des deutschen Volks: die amerikanischen Imperialisten und deren westdeutsche Mietlinge.

Am 11. Oktober fand in einem großen Gebäude auf dem Thälmann-Platz in Berlin die erste Sitzung der Provisorischen Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik statt. In dieser Kammer sind die Länder Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg vertreten. Das größte der Länder ist Sachsen, das in der Kammer elf Vertreter hat.

Unlängst hatten wir Gelegenheit, Städte, Fabriken und Werke dieses Landes zu besuchen. Sachsens Alltag ermöglicht uns, viel von jenem komplizierten Prozeß der Umgestaltung Deutschlands zu erfassen, der nunmehr ein wichtiges Stadium — die Schaffung des demokratischen Staats — erreicht hat.

Sachsen hat mehr als 5,5 Millionen Einwohner. Der Schoß seines Bodens birgt große Naturreichtümer. Den fruchtbaren Feldern entspringt eine reiche Ernte. Die Großstädte — Dresden, Chemnitz, Leipzig und Zwickau — sind Mittelpunkte der Industrie und der Kultur.

1. Dresden

Sachsens Hauptstadt, Dresden, ist als eine der schönsten Städte Deutschlands bekannt. Die malerische Lage an den Elbufern, die vortrefflichen klimatischen Verhältnisse, der architektonische Reichtum und die Vielzahl wertvoller Kunstdenkmäler machten Sachsen seit alters zu einer Residenz der pensionierten höchsten Offizierskaste und Beamtschaft, der Großindustriellen und Grundbesitzer. Die Dresdener Werktätigen — die Be-

völkerung der Arbeiterviertel, die Handwerker, viele tausende Angestellte der Kommunalwirtschaft, der Hotels und Restaurants — waren nur unbedeutende Personen in dem „Elbflorenz“, wie man Dresden in den Reklameprospekten der Reisebüros nannte.

Jetzt sind die arbeitenden Menschen Herren von Dresden geworden. Man kann sie in den Direktionsräumen der Fabriken und Werke, in den Hörsälen der Lehranstalten, in den Zuschauerräumen der Theater und den Sälen der Museen antreffen.

Dresden hat während des Krieges stark unter Luftangriffen gelitten. Aber es hat den Ruhm einer Stadt, die in sehr schnellem Tempo wiederaufgebaut wird. Tausende Wohnungen, eine große Anzahl von Betrieben und Kulturinstitutionen sowie die Elbbrücken sind wiederhergestellt. Straßenbahn, Wasserleitung und Kraftwerke sind wieder in Gang. Alle schulpflichtigen Kinder lernen. Die Arbeitslosigkeit ist vollständig beseitigt.

Dresden lebt ein normales Großstadtleben. Durch die sauberen, aufgeräumten Straßen mit ihren vielen Läden, in denen man alles Notwendige kaufen kann, zieht sich ein dichter Strom von Straßenbahnen und Autos. In den Arbeiterbezirken rauchen die Fabrikschlote. Die Kinos, die Theater und der Zirkus können oft, besonders an den Sonntagen und Sonntagen, nicht alle fassen, die Zerstreuung suchen. In den Gärten und Parks tummeln sich die Kinder.

Der Magistrat hat sich um die Erneuerung des Lebens der Stadt sehr verdient gemacht. Die städtische Selbstverwaltung leitet die Wiederaufbauarbeiten und macht die Mittel zu deren Durchführung ausfindig. Die Stadtbehörden mußten viel Initiative, Findigkeit und Hartnäckigkeit bekunden, um die zerstörte Stadt in den Zustand zu bringen, in dem sie sich jetzt befindet.

Ein Drittel der Magistratsmitarbeiter waren vormals einfache Arbeiter. Das wäre zur Zeit der Weimarer Republik oder des Hitlerregimes natürlich unerhört gewesen. Aber grade die arbeitenden Menschen brachten in die Magistratskanzleien die glühende Liebe zu ihrer Stadt, den Geist des Dienstes am Volk, die Kräfte und die Zähigkeit von Kämpfern, die die Schreckensmaschine des gegen Antifaschisten eingesetzten Terrors nicht hatte zerbrechen können.

Die Leitung des Magistrats übernahm Oberbürgermeister Walter Weidauer, ein gelernter Zimmermann, Teilnehmer der sozialistischen Bewegung seit 1916, jetzt Mitglied der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. In der Hitlerzeit war er illegal tätig und verbrachte sieben Jahre in insgesamt 21 Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern.

Das Tätigkeitsfeld des Magistrats ist sehr groß. Er besitzt eigene Bau- und Brennstoffunternehmen, Hilswirtschaften, Hotels, Wäschereien und Gärtnereien. Ein neuer Baustoff wurde geschaffen, angefertigt aus Hochofenschlacke. Die Arbeiter, Ingenieure und Techniker der Kommunalbetriebe unterbreiteten Hunderte von Rationalisierungsvorschlägen, die den Wiederaufbau der Stadt erleichterten und beschleunigten.

Die neuen Menschen im Magistrat vermochten die Bevölkerungsmassen für den Wiederaufbau der Stadt zu mobilisieren und die Idee eines neuartigen Aufbaus zu popularisieren: eines Aufbaus durch die Werktätigen für die Werktätigen selber. Am Wiederaufbau des Dresdener Theaters, das während eines Bombenangriffs bis auf den Grund zerstört worden war, beteiligte sich die gesamte Stadtbevölkerung. Früher war dies ein vor Vergoldung strahlendes Theater mit einer Menge Logen für hochgestellte Personen und einer geringen Anzahl Plätze für das einfache Publikum. In dem nun errichteten Gebäude mit einer prächtigen großen Bühne und einem schönen bequemen Zuschauerraum gibt es weder Logen noch Vergoldung. Dafür sind die Plätze so angeordnet, daß alle Zuschauer vorzüglich hören und sehen können, was auf der Bühne vorgeht.

Im Foyer sahen wir Photos der Theaterruinen.

„Man darf nicht vergessen, was uns der Krieg gebracht hat“, sagte ein Platzanweiser, der auf uns zutrat.

Die Aufführungen finden vor überfülltem Saal statt. In der Regel sind zwei Drittel der Zuschauer Arbeiter, welche die Eintrittskarten zu Vorzugspreisen durch Gewerkschaftsorganisationen erhalten.

2. Wettbewerb zweier Werke

Die Dresdener „Zeiß-Ikon“-Werke sind weltbekannt. Sie waren die Hauptbasis des gleichnamigen großen Konzerns für Photo- und Filmapparate. Unter dem Hitlerregime wurde die Produktion restlos Kriegszwecken untergeordnet. Es wurden Zielgeräte für Flugzeuge sowie Apparate für Militärphotoaufnahmen und ähnliches hergestellt. In den Werken arbeiteten einige tausend Arbeiter, gewaltsam hierher getrieben aus der Sowjetunion, aus Polen, Frankreich, Holland

und anderen Ländern, die der hitlerfaschistischen Aggression ausgesetzt waren. Bei den Luftangriffen auf Dresden wurden die Werke teilweise zerstört. Die sowjetischen Besatzungsbehörden erlaubten den deutschen Behörden, den Betrieb wieder instand zu setzen und Friedenserzeugnisse herzustellen. Er wurde ein volkseigener Betrieb.

Dabei waren nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden. Die faschistischen Direktoren, die 1945 geflüchtet waren, hatten alle Produktionsbelege und Zeichnungen mitgenommen. Jetzt ist das Werk nicht nur wiederaufgebaut, sondern auch, gegenüber den alten Zeißwerken, weit vorgekommen. Es ist zu einem der besten Betriebe Dresdens geworden. Die Direktion, die aus früheren Arbeitern besteht, hat in enger Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsorganisation und der Organisation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands die ganze Belegschaft für die Meisterung komplizierter Erzeugnisse von hoher Qualität mobilisiert.

Binnen kurzer Zeit wurde die Produktion von Filmprojektionsapparaten, Modell „Ernemann-7“, gemeistert. Die früheren Herren brachten die Zeichnungen für diese Apparate nach Westdeutschland fort und versuchen erfolglos, ihre Produktion in einem Stuttgarter Werk in Fluß zu bringen, das im Besitz hitlerfaschistischer Industrieller verblieben ist.

„Zwischen dem Dresdener Werk und dem Stuttgarter Werk“, so berichtete uns der Direktor, ein früherer Mechaniker, „kam es zu einem Wettbewerb. In ihm spiegelt sich in Miniaturform der Wettbewerb wider, der jetzt zwischen Westdeutschland und Ostdeutschland vor sich geht. Können die Arbeiter selber, ohne Aktionäre und Industrielle, die Produktion zuwege bringen? — das war die Frage, die das Leben aufwarf. Aus diesem Wettbewerb sind wir trotz allen Schwierigkeiten, die uns im Wege standen, als Sieger hervorgegangen...“

Nach Meisterung der Produktion von Filmapparaten hat das Werk die Herstellung einer neuen, originellen Kamera, Modell „Contax-S“, in Angriff genommen, die eine Neuerung in der Photo-technik darstellt. Jedes Modell, jeder Apparat, den das Werk produziert oder projiziert, steht unter strenger Kontrolle der ganzen Belegschaft. Die Arbeiter wissen, wohin ihre Erzeugnisse gehen. Jetzt arbeitet das Werk an der Meisterung eines neuen, handlicheren Filmprojektionsapparats. Einer der Montagearbeiter erklärte uns, warum dies Modell notwendig ist:

„Wir müssen viele leichte billige Filmapparate haben, damit die Filme in jedes noch so kleine Dörfchen gelangen. Man muß unserm Volk sehr

viel erklären, und das Kino wird da eine große Hilfe leisten. . .“

Den Herren aus der alten „Zeiß-Ikon“-Verwaltung wäre es niemals eingefallen, sich über eine solche Frage den Kopf zu zerbrechen. Im Leben des Betriebs mußte sich vieles verändern, damit die Arbeiter sich dieser Frage zuwandten!

Im „Zeiß-Ikon“-Werk gibt es eine Speisehalle, einen Verkaufsstand, eine Schneiderwerkstatt, einen Duschraum, eine Bibliothek, für die Arbeiter wurde ärztliche Hilfe organisiert. Nichts dergleichen gibt es in dem Stuttgarter Werk. Der Betriebsrat des Stuttgarter Werks vermag in Briefen an die Gewerkschaftsorganisation des volkseigenen Dresdener Betriebs nur ein Staunen über die Erfolge seiner Kollegen in Ostdeutschland zu äußern.

Der Arbeitselan, den wir im „Zeiß-Ikon“-Werk beobachteten, ist für alle Industriebetriebe Dresdens kennzeichnend. Überall kann man Erfüllung der Produktionspläne, Zunahme der Produktion und der Arbeitsproduktivität sowie Festigung der Arbeitsdisziplin wahrnehmen.

3. Bei den Bergarbeitern von Zwickau

Zwickau ist eines der ältesten Zentren der Steinkohlenindustrie Deutschlands. Mit dem Abbau der Steinkohlenvorkommen befaßten sich die slawischen Wenden, die dieses Gebiet damals bewohnten, bereits im 10. Jahrhundert.

Bis vor kurzem wurde die Kohlenförderung in Zwickau und im benachbarten Olsnitz nach primitiven Methoden betrieben. Die Grubenbesitzer hielten Kapitalanlagen zur Vervollkommenung des Abbaus der alten Flöze für unrentabel. Die meisten Gruben sind im Vergleich mit dem Ruhrgebiet und den anderen Kohlen- und Erzgrubengebieten Deutschlands technisch weit zurückgeblieben.

Die Lage der Bergarbeiter war hier ungewöhnlich schwer. Bei Untertagearbeit in 800—1000 Meter Tiefe, wo die Hitze 30—40 Grad erreicht, verdienten die Bergarbeiter kaum genug, um ein Hungerdasein zu fristen. Die Aktionäre bezeichneten sich als Wohltäter, weil sie die alten Gruben nicht sperrten und die Arbeiter nicht zu lang währender Arbeitslosigkeit verurteilten.

Der Krieg brachte den Zwickauer Bergarbeitern eine weitere Verschlechterung ihrer Lage. Als die hitlerfaschistischen Industriellen die Steinkohlenindustrie einer Anzahl Länder Europas an sich gerissen hatten, verloren sie jegliches Interesse an den Gruben in Zwickau. Mit jedem Monat schrumpfte die Kohlenförderung, die Arbeits-

produktivität nahm ab, und die Bergarbeiterlöhne sanken. Gegen Kriegsende herrschte hier vollständiger Ruin. Die Flammen der Werköfen erloschen, die Fabriksirenen verstummten, die Loren stellten ihren Lauf ein, die Förderkörbe hingen bewegungslos in den Schächten. . .

Vier Jahre später hatten wir Gelegenheit, einer Beratung der besten Bergarbeiter des Zwickauer Kohlenreviers beizuwohnen. Den Saal füllten Häuer und Förderleute, Zimmerlinge und Schachthauer: kräftige, breitschultrige Menschen mit rauhen, von Kohlenstaub geschwärzten Händen. Das große Porträt eines Bergarbeiters in Arbeitskleidung, im Metallhelm und mit der Grubenlampe in der Hand war auf der Bühne angebracht. Das war Adolf Hennecke, Initiator der Bewegung der Produktionsaktivisten in Ostdeutschland. Hennecke sitzt im Präsidium neben Staats- und Gewerkschaftsfunktionären, neben Parteileitern und Direktoren der Kohlenbetriebe Sachsens.

Ein Versammlungsteilnehmer nach dem andern besteigt die Tribüne. Sie berichten über Produktionserfolge, kritisieren Mängel, bringen Vorschläge zur Verbesserung der Arbeit ein und übernehmen Verpflichtungen zu weiterer Hebung der Arbeitsproduktivität.

Hier sprechen Menschen, die ihr Leben lang den Abbauhammer gehalten haben. Breite Hände, die jahrzehntelang Loren gestoßen haben, ziehen Notizblocks hervor und machen sich Vermerke. Der Saal reagiert lebhaft auf jedes Wort. Es ertönen Beifallsstürme, Lachsalven und Zwischenrufe.

August Wellershaus, Generaldirektor der Kohlenvereinigung Sachsen, ein früherer Schlosser, der mehrere Jahre in hitlerfaschistischen Konzentrationslagern zugebracht hat, sagte uns:

„Der Arbeiter hat begonnen, seinen Platz im Leben zu erkennen. In der großen Volksfamilie ist sein Platz der des Familienhaupts.“

Die neue Arbeitsmoral, die neue Psychologie des Werktätigen sind eine charakteristische Erscheinung in den Industriebetrieben Sachsens und ganz Ostdeutschlands. Hier, im Zwickauer Steinkohlenrevier, fand unsere Begegnung mit dem Bergarbeiter Adolf Hennecke statt. Das ist ein hochgewachsener, ruhiger, etwas bedächtiger Mensch. Er ist in Westfalen, in der Familie eines Bergarbeiters geboren. In der Kindheit spielte er „Kumpel“, wie alle Bergarbeiterkinder. Er begann früh zu arbeiten und wechselte häufig den Beruf. Oft war er arbeitslos. Im Jahre 1922 siedelt der Arbeitslose Hennecke nach Zwickau über und geht auf Arbeit in die Grube „Gottesseggen“ (die jetzige Karl-Liebknecht-Grube), wo er bis heute

arbeitet. In den Jahren der Hitlerherrschaft war Hennecke ein unauffälliger Bergarbeiter wie so viele andere.

Ein Steiger sagte zu ihm:

„Aus dir wird nie ein wirklicher Häuer werden...“

Nach der Zerschmetterung des Faschismus ändert sich alles. Jetzt werden Arbeiter zu Grubendirektoren ernannt. Bergarbeiterfamilien ziehen aus Kellern und Kämmerchen in die Wohnungen der Grubenbesitzer und der Hitlerhäuptlinge um. Es wird ein Kollektivvertrag eingeführt, der den Bergarbeitern vorteilhaften Lohn, Urlaub und Krankenversicherung gewährleistet. Der Generaldirektor der Kohlenvereinigung Sachsen beginnt bei einem Besuch der Grube sein Referat in der Arbeiterversammlung mit den Worten:

„Ich bin gekommen, um euch Rechenschaft abzulegen.“

Hennecke trat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands bei. Er wurde einer der besten Häuer des Bezirks. Im August 1947 entsandte man ihn in eine Parteischule.

Adolf Hennecke erzählt:

„Ich sah, daß ringsum etwas Ungewöhnliches vorgeht. Instinktiv fühlte ich, daß das unsere Sache, die Arbeitersache ist. In der Schule ist der Instinkt zur Überzeugung geworden.“

Nach der Rückkehr in die Grube arbeitet er noch besser und leistet allmonatlich 160—190 Prozent des Solls. Er liest viele politische und technische Werke. Ihn interessieren Aufsätze über Stachanow und über die Stachanowbewegung.

Mit einer Gruppe von Freunden bereitet er eine Sonderschicht vor, die zeigen soll, daß die Bergarbeiter mehr Kohle liefern können, um dem Volk zum schnelleren Wiederaufbau seines Landes, zur schnelleren Abstellung der Not zu verhelfen. Vor einem Jahr, am 13. Oktober 1948, stieg Hennecke in den Schacht und leistete in einer Schicht 380 Prozent des Solls!

Diese Leistung Henneckes hat bei den Arbeitern aller Industriezweige gewaltiges Interesse erweckt. Die Feinde der deutschen Demokratie, die Agentur der westlichen Besatzungsmächte, die rechtsstehenden Sozialdemokraten und die bürgerlichen Parteien der Westzone setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um Hennecke mit Lügen und Verleumdungen zu überschütten. Auch in Ostdeutschland fanden sich Leute, die sich unter dem Einfluß dieser Propaganda zu der Initiative der Grubenaktivisten feindselig verhielten.

Aber im Bewußtsein der Arbeiterklasse Ostdeutschlands vollzieht sich offenbar schon ein Umschwung, denn Tausende vorgeschrittener Arbeiter haben Henneckes Beispiel befolgt. Die

Bewegung der Aktivisten in der Ostzone ist beim Aufbau des neuen, demokratischen Deutschland zu einem machtvollen Faktor geworden.

4. Bei den Stahlhüttenarbeitern von Riesa

Die Geschichte des Stahlwerks in Riesa ist die Geschichte vieler Großindustriebetriebe Ostdeutschlands. In der Weimarer Republik und im hitlerfaschistischen Reich gehörte das Werk dem Kriegskonzern von Flick — Mitteldeutsche Stahlwerke AG. — und produzierte Rüstungsstahl. Das den faschistischen Verbrechern abgenommene Werk wurde zum volkseigenen Betrieb und ging zur Friedenserzeugung über. Die Arbeiter stellten die Stahlgießerei sowie die Maschinenhallen und sonstigen Werkstätten wieder her. Die Sowjetische Militärverwaltung leistete Beistand durch maschinelle Betriebsausrüstung. Das Werk begann Stahlgußzeugnisse und Metallvorrichtungen zu liefern, die für die Entwicklung des Landmaschinenbaus und anderer Zweige der Friedenswirtschaft erforderlich sind.

Der Zweijahrplan zur Entwicklung der Wirtschaft der Sowjetzone eröffnete der Belegschaft weite Perspektiven. Schon ein paar Tage nach der Anregung Henneckes lieferten die Stahlgußputzer Petzold, Jäger und Widule, die eine Arbeitsbrigade von Produktionsaktivisten organisiert hatten, 487 Prozent der festgesetzten Norm. Ihnen folgten die Gießer. Ihre Brigade, die aus den Arbeitern Riedel, Rhode und Keller bestand, erfüllte den Schichtplan zu 584 Prozent. Bald wurde von den Arbeitern Friedrich und Lamm, die den Plan ihres Schichtsolls zu 640 Prozent erfüllten, ein neuer Werkrekord aufgestellt. Unmittelbar nach den Arbeitern schlossen sich die Werkangestellten den Henneckeschichten an. Werkmeister und Kalkulatoren, Abteilungsleiter und Verwaltungsangestellte wollten ihr Scherflein zu der Bewegung beitragen, die die ganze Belegschaft erfaßt hatte.

Der Produktionswettbewerb der Hüttenbetriebe der Sowjetzone spielte bei dem Arbeitsaufschwung eine große Rolle. Es wurde für jeden Arbeiter in Riesa zu einer Ehrensache, den Kollegen von der Maxhütte und von Hennigsdorf (dem größten Hüttenbetrieb Ostdeutschlands) nicht nachzustehen.

In dem Bestreben, den ersten Platz im Wettbewerb zu erringen, setzen die Arbeiter von Riesa alle Anstrengungen daran, daß die hohen Kennziffern der einzelnen Arbeitsbrigaden und Werkabteilungen, die neuen Methoden der Arbeit und der Produktionsorganisation zum Gemeingut des ganzen Werks und aller volkseigenen Betriebe Ostdeutschlands werden. Hiervon zeugt der regel-

mäßige Briefwechsel zwischen den Belegschaften in Riesa und Hennigsdorf, in dem die Arbeiter beider Betriebe ihre Erfahrungen austauschen und einander helfen.

Das gesteigerte Pflichtbewußtsein der Arbeiter, ihr Verständnis für die eigene Verantwortung vor dem Volk und das Gefühl, Herr im Lande zu sein, haben das Charakterbild der Riesaer Arbeiter verändert. Der Arbeiter hat die Tribüne betreten, Bücher zur Hand genommen und zu studieren begonnen. In der Werkbibliothek von Riesa hat sich die Nachfrage nach Büchern binnen eines Jahres vervierfacht!

* * *

Die Wesenszüge, die wir in Dresden, Zwickau und Riesa beobachtet haben, sind für ganz Sachsen, für ganz Ostdeutschland kennzeichnend. Man kann sie in jeder Stadt, in jedem Industriebetrieb wahrnehmen. Es sind dies die Wesenszüge eines gewaltigen Prozesses, der Ostdeutschland ergriffen hat: des Prozesses der Demokratisierung des ganzen öffentlichen Lebens, des Kampfes für ein neues, unabhängiges, einheitliches und friedliebendes Deutschland. Die Deutsche Demokratische Republik ist nunmehr zum Bollwerk dieses Kampfes geworden.

In Argentinien

(Reisenotizen)

M. SEWEROW

MEHREERE tausend Kilometer uferloser Meeresweite trennen Europa von Argentinien. Der große Ozeandampfer, auf dem wir uns eingeschifft hatten, kam erst nach dreiwöchiger Fahrt, bei der wir nicht einmal aus der Ferne Land sahen, an die südamerikanische Küste in die Mündung des Rio de la Plata. Dieser etwas mehr als dreihundert Kilometer lange Strom wird durch Vereinigung zweier Hauptflüsse Südamerikas, Paraná und Uruguay, gebildet. Dort, wo der Rio de la Plata sich in den Atlantischen Ozean ergießt, und viele Dutzend Kilometer stromaufwärts ist er mehr als 200 Kilometer breit. Mehrere Stunden fuhren wir den Strom hinauf, bekamen aber sein Ufer nicht zu sehen, denn er ist weit wie das Meer.

Zu guter Letzt zeigte sich die Küste. Vor uns erhoben sich die Umrisse einer Stadt. Es war Montevideo, die malerisch am linken La-Plata-Ufer gelegene Hauptstadt Uruguays.

Wir fuhren ohne Aufenthalt an ihr vorbei. Wieder umgibt uns unendliche, trübgelb gefärbte Wasserweite. Vor uns liegen bis an den Horizont die roten Bojen, die das Fahrwasser bezeichnen. Der Rio de la Plata hat viele Untiefen. Die dunklen Fluten des Paraná und des Uruguay tragen ihm große Mengen Sand und Schlamm zu. Um den großen Hochseeadampfern Zutritt zum argentinischen Hafen Rosario zu geben, wurde ein Kanal gegraben, der das ganze Jahr hindurch Tag und Nacht mit Baggern gereinigt wird.

Endlich steigt in der Ferne eine große Stadt auf. Es ist die Hauptstadt Argentinien, Buenos Aires. Der Dampfer nähert sich dem Nordkai des neuen Hafens, Darsena Norte. Am Ufer warten viele Menschen. Mit den Taschentüchern winkend, grüßen sie die Ankömmlinge aus Übersee.

* * *

Argentinien ist ein Land der für uns ungewöhnlichen Kontraste. Die Sonne zieht dort ihre Bahn von rechts nach links. Im Süden des Landes ist es kalt, im Norden heiß. Geht bei uns die Sonne auf, so wird es in Argentinien dunkel und Nacht. Werden in Argentinien die Tage kürzer, fällt das braun gewordene Laub von den Bäumen und fängt der Herbst an, dann werden bei uns die Tage länger, schlagen die Bäume aus, erblühen die Blumen, beginnt der Frühling.

Argentinien ist eines der größten Länder der Welt. Dem Areal nach, das sich über nahezu drei Millionen Quadratkilometer erstreckt, steht es in der Welt an siebenter Stelle, nach der Sowjetunion, Kanada, China, Brasilien, den Vereinigten Staaten und Australien. Wie groß dieses Land ist, zeigt folgendes Beispiel: In seinen Grenzen fänden mit Leichtigkeit zehn westeuropäische Staaten Platz, nämlich Frankreich, Italien, Deutschland, England, Spanien, Portugal, Holland, Belgien, Eire und Schweden.

Relief, Klima, Tier- und Pflanzenwelt Argentinien sind außerordentlich vielfältig. Im Norden

breiten sich die unendlichen Tropenwälder aus. Der Süden wird fast vom Eis der Antarktis erreicht. Die mächtige Gebirgskette der Anden trennt Argentinien von Chile. Meeresbreite Ströme durchqueren das Land, wasserreiche Nebenflüsse, unzähligen verschlungenen Fäden gleich, münden in sie. Der fruchtbare Boden der Pampa und der übrigen Gebiete ermöglicht es, Millionen Tonnen von Weizen, Mais, Leinsamen und anderen Nutzpflanzen zu bauen und auf den unermeßlichen Weideflächen Dutzende Millionen Rinder zu hüten.

Trotz seiner Größe und seinen außerordentlichen Naturschätzen ist Argentinien ein wenig besiedeltes Land. Es zählt nur 16 Millionen Einwohner, und die durchschnittliche Bevölkerungsdichte beträgt kaum sechs Personen pro Quadratkilometer. Das ist verschwindend wenig, besonders wenn man berücksichtigt, daß über 4 Millionen Menschen, d. h. ein Viertel aller Landeseinwohner, in der Hauptstadt Argentinien, Buenos Aires, und in ihren Vorstädten leben.

Einen großen Teil der Bevölkerung bilden Einwanderer aus Spanien, Italien, Frankreich, der Tschechoslowakei, Bulgarien, Polen und anderen Ländern. Von Hunger und Elend getrieben, kamen viele Arbeiter und Bauern in der Hoffnung, hier ein besseres Leben zu finden. Ein Teil der Einwanderer kehrte in die Heimat zurück, als die Fremde ihnen nichts Gutes bieten konnte. Andere blieben da, lebten sich ein, nahmen die argentinische Staatsbürgerschaft an. Die Einwanderer stellten den Hauptteil der Arbeitskräfte, denen Argentinien die Entwicklung seiner Industrie und seiner Landwirtschaft zu verdanken hat. Die amtliche Statistik gibt an, daß es in Argentinien rund 3 Millionen Ausländer gibt.

* * *

Vom Dampfer kommen wir auf den Kai des neuen Hafens, der nur wenige Minuten Fahrt von der Stadtmitte entfernt ist, so daß wir bald auf den Hauptstraßen sind.

Buenos Aires ist die größte und schönste Stadt des Landes. Sie bildet das Ein- und Ausgangstor für den größten Teil des Verkehrs Argentinien mit der Außenwelt. Man mag zu Schiff oder auf dem Luftwege kommen, zuerst wird man nach Buenos Aires gebracht. Hinzu kommt, daß es der beste argentinische Hafen ist: hier werden fast alle Importwaren gelöscht und mehr als fünfzig Prozent aller Exportgüter verschifft.

Im 16. Jahrhundert gegründet, steht Buenos Aires am rechten Ufer des Rio de la Plata, von dessen trüben Wassern viele Ausdünstungen aufsteigen; das Klima in der Hauptstadt ist deswegen außerordentlich feucht. Äußerlich ist die argentinische Hauptstadt ein Mittelding zwischen einer

europäischen und einer amerikanischen Stadt. Sie ist regelmäßig in quadratischen Häuserblocks angelegt, ihre Straßen sind ungewöhnlich lang.

Unser Aufenthalt in Buenos Aires bot uns die Möglichkeit, ihre Charakterzüge gut kennenzulernen. Am Ufer des Rio de la Plata, etwas abseits vom Hafen, liegen die Reichtenviertel von Palermo und Belgrano. Hier versinken die Straßen in üppigem Grün. Die Avenida Alvear mit ihren reichen Villen, prächtigen Gärten und dem Präsidentenpalais steht den schönsten Straßen der europäischen Hauptstädte in nichts nach. In den Bezirken Palermo und Belgrano liegen zahlreiche Paläste und Villen inmitten blumenreicher Parkanlagen.

Das Geschäftsviertel der Stadt befindet sich in der Nähe des Hafens. In Dutzenden Häuserblocks sind hier Geschäfte, Restaurants, Bars, kleine Verkaufsläden und verschiedene Speicher untergebracht, in denen allerlei Waren verkauft und gekauft werden. In diesem Viertel kommt das Leben selbst in später Nachtstunde nicht zur Ruhe.

Der südliche Teil von Buenos Aires, La Boca, ist ein fürchterliches Elendsviertel. Hier fließt El Riachuelo, ein kleines Flößchen, verunreinigt von den Abfällen und den Abflüssen der Schlachthöfe und Kühllhäuser, von dem ein penetranter Gestank aufsteigt. Viele Häuser in diesem Viertel sind irgendwie aus Brettern zusammengeschlagen und mit altem Blech gedeckt. Man stößt auf ganze Blocks von kleinen Wellblechbehausungen, in denen es im Winter unerträglich kalt, im Sommer aber so heiß ist, daß man es nicht aushalten kann. Das gleiche Bild bietet das Arbeiterviertel von Unter-Belgrano.

Wir erfuhren, daß die Stadtverwaltung von Buenos Aires unter Vorschützung von Sorge um die Gesundheit der Arbeiter im September 1948 der Polizei den Auftrag gab, die in selbstgebauten Häusern und Lehmhütten tausenden Bewohner der Arbeiterviertel nach eigenem Ermessen auszusiedeln. In Ausführung des Befehls forderte die Stadtpolizei tausende Arbeiter von Unter-Belgrano auf, unverzüglich ihre Häuschen zu verlassen. Zum Ausziehen wurde ihnen eine Frist von nur wenigen Stunden gegeben. Häufig wurden die Häuschen von der Stadtpolizei ohne vorherige Warnung niedergerissen oder mitsamt dem kärglichen Hausrat ihrer Besitzer eingeschert, so daß diese, von der Arbeit heimgekehrt, an Stelle ihrer Wohnung nur noch eine Brandstätte vorfanden. Herzerreißende Szenen spielten sich ab. Tausende Menschen waren auf einmal obdachlos.

Buenos Aires ist das größte Industriezentrum des Landes. Im Weichbild der Stadt sind mehr als zwei Drittel der gesamten Industrie Argentinien

konzentriert. Tausende Fabrikschlote ragen über der Stadt empor. Diese Zusammenballung von Industrie- und Handelsbetrieben wie auch die Landflucht der Bauern führten zu einer großen Wohnungsnot. Die Mietzinse sind unerhört hoch und bilden den ersten Ausgabeposten im Haushalt des Arbeiters und Angestellten.

Die schwere Wohnungsnot, die es den Hausbesitzern ermöglichte, aus der Wohnungsvermietung hohen Gewinn zu schlagen, verursachte ein wahres Baufieber. In den letzten Jahren sah Buenos Aires wie eine Stadt aus, die nach einem Luftbombardement wiederaufgebaut wird. Hunderte schöne Einfamilienhäuser wurden als unrentabel abgerissen und an ihrer Stelle große Mietskasernen aufgebaut. Das Baufieber ließ die Parzellenpreise jäh in die Höhe schnellen.

Die Wirtschaftsschwierigkeiten, die Argentinien heute durchmacht, führten dazu, daß in der Hauptstadt viele Häuser, die in Bau waren, wegen Baustoffmangels unvollendet blieben. Die Wohnungsnot in Buenos Aires wird immer schlimmer.

* * *

Unter den Sehenswürdigkeiten der Hauptstadt zog ein großes, rosarot angestrichenes Gebäude im Stadtzentrum unsere Aufmerksamkeit auf sich. Es ist der als Amtssitz des argentinischen Präsidenten dienende Regierungspalast, die „Casa Rosada“: das „Rosafarbene Haus“. Gegenüber liegt das Gebäude des Kriegsministeriums. An sonnigen Tagen wirft es einen schweren unheilverkündenden Schatten auf die „Casa Rosada“. Der Schatten des Kriegsministeriums bedeckt den Amtssitz des Präsidenten, als wolle er daran erinnern, daß der Präsident um sein Schicksal bangen müsse.

Die argentinische Geschichte kennt viele Beispiele, da Vertreter des Militärklüngels den Präsidenten stürzten und selbst an seine Stelle traten. Im Jahre 1930 stürzte General Uriburu den Präsidenten Irigoyen. Im Jahre 1943 vertrieb General Rawson den Präsidenten Castillo und ging wenige Tage später selber durch General Ramires der Macht verlustig. Die Geschichte wiederholt sich. Und immer noch fällt der Schatten des Kriegsministeriums auf den Amtssitz des argentinischen Präsidenten.

* * *

In der argentinischen Hauptstadt gibt es eine Unmenge Denkmäler. Auf den Hauptstraßen, den Plätzen und in den Parks ragen Standbilder von Präsidenten, Generalen und Politikern empor. Die meisten Denkmäler gereichen jedoch den Plätzen und Straßen nicht zur Zierde, sondern tragen

eine störende Dissonanz in die Harmonie des architektonischen Ensembles. An ihnen ist nichts Nationales, nichts Argentinisches. Ihr Stil verrät, daß hier sklavisch das europäische Muster nachgeahmt wurde. Die Denkmäler zeigen Generale hoch zu Roß. In die Sockel sind sagenhafte Wesen und allegorische Gruppen oder entblößte Frauen gemeißelt, die, niemand weiß warum, Römehelme tragen. Wozu sind z. B. auf dem Denkmal des Präsidenten Roque Saenz Peña solche Figuren? Wir stellten diese Frage einem unserer Bekannten, einem Bildhauer. Er sagte uns, in der Kommission, die die Denkmalsentwürfe zu bestätigen hat, saßen lauter Mummelgreise, denen es nicht um die Idee des Bildhauers, sondern um die Anordnung entblößter Frauenkörper zu tun sei.

In der Hauptstadt sowie in den größeren Städten — in Córdoba, La Plata und Tucumán — gibt es Universitäten. Die argentinischen Behörden besetzen die Lehrstühle nur mit Anhängern des jetzigen Regimes. In den letzten Jahren wurden mehr als 2000 Professoren, Dozenten und Assistenten aus den Hochschulen entlassen. In vielen Fällen wurden sie von Leuten ohne abgeschlossene Bildung ersetzt. In den Elementarschulen wurde, dem katholischen Klerus zu Gefallen, Religionsunterricht als Pflichtfach eingeführt.

In der Kunst macht sich ein schneller Verfall bemerkbar. Die zahlreichen Ausstellungen, die wir besichtigten, verblüfften uns durch das Fehlen jeglicher nationalen Thematik in den ausgestellten Werken und durch das geringe technische Niveau in der Ausführung. Anlässlich der von der Stadtverwaltung veranstalteten Herbstausstellung für Malerei und Skulptur wurden Arbeiten preisgekrönt, die auch nicht einen Funken von Talent verraten.

Auf mehrere Häuserblocks in der Stadtmitte erstreckt sich das Landesgefängnis. In seiner Nähe liegt der städtische Friedhof für die Reichen. Nach hiesiger Gepflogenheit werden die Särge nicht in Gräber versenkt, sondern in Familiengrüften beigesetzt, weswegen von Zeit zu Zeit über vielen Straßenzügen ein vom Friedhof kommender Verwesungsgeruch liegt.

Wir hatten Gelegenheit, eines der besten Seebäder Argentinens zu besuchen, das 400 Kilometer von Buenos Aires an der Küste des Atlantischen Ozeans gelegene Mar del Plata. Es entpuppte sich als regelrechte Spielhölle. Die vielstöckigen Gebäude der Spielkasinos stehen direkt am Meeresstrand.

* * *

Buenos Aires hat mehr als zehn Rundfunksender. Man mag einen beliebigen dieser Sender einschalten, immer wird einem ein Geschwätz

darüber aufgetischt, wie gut es der argentinischen Bevölkerung gehe. In den Städten preisen hunderte Plakate die „neue Verfassung“. Bei den zahlreichen Kundgebungen, auf denen Regierungsmitglieder sprechen, in den Spalten der offiziellen Presse wird gleichfalls das Regime General Peróns gepriesen. Anlässlich des Empfangs einer brasilianischen Gewerkschaftsdelegation am 14. Juli 1949 erklärte Perón mit der ernstesten Miene von der Welt, Argentinien sei ein „Staat der Gerechtigkeit“. Es ist unbegreiflich, worauf der Präsident rechnete, als er eine solche Erklärung abgab. Es genügt ja ein Besuch der Arbeiterviertel von Buenos Aires, der Straßen von La Boca und Unter-Belgrano, man braucht ja nur in einigen Arbeiterhäusern dieser Bezirke gewesen zu sein und einen aufmerksamen Blick auf die Politik der regierenden Kreise zu werfen, um die ganze Verlogenheit ihrer zügellosen sozialen Demagogie zu erkennen. Die Innen- und Außenpolitik Argentiniens wird durch die Interessen der reaktionären Großgrundbesitzer, der Industrie- und Handelsmagnaten, die sich in den Jahren des zweiten Weltkrieges märchenhaft bereichert haben, und durch die Interessen des privilegierten Spitzenklüngels der militärischen Kaste bestimmt.

Die Lage der argentinischen Arbeiter ist außerordentlich schwer. Die Lebensmittel- und Bedarfsgüterpreise, die Mieten und Stromtarife wachsen unaufhörlich. Nach Berechnungen des Seelenteurverbands von Anfang 1949 sind die Lebenshaltungskosten in den beiden letzten Jahren durchschnittlich um 81,8 Prozent und die Mieten um 95 Prozent gestiegen. Eine Preissteigerung ist auch für alle Industriewaren eingetreten: für Schuhwerk, Bekleidung und Stoffe. Die Preise für Milch, Fleisch, Seife und einige andere Waren sind schon auf mehr als das Doppelte hinaufgeschwollen. Die Obstpreise sind im Durchschnitt um 277 Prozent, die Gemüsepreise um 274 Prozent gestiegen.

Gleichzeitig mit der Preissteigerung wachsen auch die direkten und die indirekten Steuern. Im Jahre 1943 belief sich die Gesamtsumme der im Lande eingetriebenen Steuern auf 55 919 000 Peso. In diesem Jahr soll sie 1 200 000 000 Peso erreichen, was im Vergleich mit dem Jahre 1943 eine Steigerung um 2146 Prozent ausmacht. Die ganze Schwere dieser Bürde fällt auf die Schultern der Arbeiterklasse und der Bauernschaft. In Argentinien müssen die Arbeiter und Bauern einen großen Teil ihres kärglichen Verdienstes dem Staat für unproduktive Ausgaben hingeben: für den Unterhalt des maßlos aufgeblähten Staatsapparats und umfangreicher Polizeikräfte.

* * *



Während die Preise unaufhörlich erhöht und die Steuern maßlos hinaufgeschraubt werden, bleibt der Lohn der Arbeiter und der Angestellten weit hinter der Steigerung der Lebenshaltungskosten zurück. Die argentinischen Kapitalisten und die Auslandsmonopole streben nach Hebung der Arbeitsproduktivität und widersetzen sich den berechtigten Forderungen der Arbeiter nach Verbesserung der Arbeitsbedingungen und nach Lohn-erhöhung.

In den letzten Jahren wächst im Zusammenhang mit der Verschlimmerung der Lage der Arbeiterklasse die Streikbewegung. Im Jahre 1943 streikten in Buenos Aires 6754 Personen. Dagegen kam es in den ersten zehn Monaten von 1948 zu mehreren hundert Streiks mit einer Gesamtteilnehmerzahl von 1 195 000. Es streikten 40 000 Arbeiter der Schlachthöfe und Kühlhäuser, 600 000 Arbeiter und Angestellte von Handelsunternehmen, 40 000 Wollarbeiter, 33 000 Holzfäller, 5000 Tabakarbeiter, 50 000 Textilarbeiter, 155 000 Landarbeiter. In den Ausstand traten die Arbeiter der Zuckerfabriken von Tucumán und Jujuy, die Bauarbeiter von Mar del Plata, die

Arbeiter der chemischen Industrie und anderer Wirtschaftszweige.

Viele Tage lang hatte Argentinien keine Zeitungen, weil die Arbeiter der Druckereibetriebe in den Ausstand getreten waren. Tagelang gab es in der argentinischen Hauptstadt kein Brot — die Bäcker streikten. Eine ungewöhnliche Erscheinung war der Arbeiterstreik in der städtischen Müllabfuhr. Mehrere Tage lang wurde die Hauptstadt Argentiniens nicht gesäubert. Die Straßen lagen voll gestankverbreitendem Müll. Die Stadt bot einen furchterlichen Anblick. Zur Straßenreinigung wurde Militär eingesetzt.

Im letzten Jahr gab es keinen Wirtschaftszweig, in dem nicht Arbeiter- oder Angestelltenstreiks stattgefunden hätten. Die Telephonistinnen der staatlichen Telephonzentrale legten die Arbeit nieder und verlangten die Schaffung normaler Arbeitsbedingungen sowie höhere Löhne. Die argentinischen Fußballer der ersten Kategorie verweigerten die Arbeit mit der Forderung nach Einhaltung der kontraktmäßig festgelegten Bedingungen durch die Klubs. In einigen Städten gab es sogar Schülerstreiks, bei denen die Wiedereinstellung entlassener fortschrittlicher Lehrer verlangt wurde.

Bei allen Streiks waren die Behörden auf seiten der Unternehmer. Gegen die Arbeiter der Fleischkonservenfabriken wurde Polizei eingesetzt, die von der Waffe Gebrauch machte. Gegen die Arbeiter von Salta wurden Truppen ausgeschiedt. Viele weibliche Angestellte des staatlichen Telephonamts, die am Streik beteiligt waren, wurden zu nächtlicher Zeit verhaftet. Sie durften sich nicht einmal anziehen, sondern wurden in Unterwäsche in die politische Polizei gebracht, wo man sie Mißhandlungen, darunter Folterungen mit elektrischem Strom, aussetzte. Dieser Skandal kam im argentinischen Kongreß zur Sprache. Es wurden aktive Streikteilnehmer unter den Arbeitern verhaftet, desgleichen namhafte Gewerkschaftsaktivisten.

Viele Streiks wurden für ungesetzlich erklärt und ihre Teilnehmer Repressalien ausgesetzt. Die Leiter der argentinischen Gewerkschaftskonföderation, Strohmänner der Regierung, wetteten gegen die Streiks und unterstützten die Unternehmer. Die großen Monopolfirmen rechneten, von der Regierung unterstützt, mit den streikenden Arbeitern ab. Die Aktiengesellschaft Forestal warf 800 Arbeiter aufs Pflaster. Bemberg, einer der größten Kapitalisten von Argentinien, entließ 6000 Arbeiter. Weitere Tausende von Arbeitern wurden von verschiedenen Fabrikanten und Werkbesitzern wegen Beteiligung an Streiks abgebaut.

Der Kampf der Arbeiter endete in vielen Fällen trotz dem Widerstand der Kapitalisten mit einem

Sieg der Streikenden. Aber die unbedeutende Lohnerhöhung, die die Arbeiter anstreben, wird durch die unaufhörliche Preissteigerung zunichte gemacht.

* * *

Die Werktätigen Argentiniens leiden jetzt nicht nur unter dem ständigen Anstieg der Preise; sie sind auch von der Arbeitslosigkeit bedroht, die sich verschiedener Wirtschaftszweige zu bemächtigen beginnt. Das Land, das immer einen akuten Mangel an Arbeitskraft hatte und mit seinen unerschöpflichen natürlichen Hilfsquellen mindestens 100 Millionen Menschen Nahrung geben könnte, kann jetzt nicht einmal den 16 Millionen seiner Bevölkerung Brot schaffen.

Die Arbeitslosigkeit und mit ihr das Gespenst des Hungers und des Elends klopfen an die Türen der Arbeiterhäuser. Der Hafen verödet. Hier liegen vorwiegend Passagierdampfer an. Es gibt in Buenos Aires mehr als 21 000 Hafenarbeiter, aber nur 3000 von ihnen sind beschäftigt, und auch dies nur vier bis fünf Tage im Monat, auf die lange Wochen erzwungener Untätigkeit folgen. 18 000 erwerbslose Hafenarbeiter sind eine für Argentinien unerhörte Erscheinung.

Hunderte Schneiderateliers und Dutzende Möbelfabriken und Werkstätten werden geschlossen, so daß tausende Arbeiter ihr Brot verlieren und auf der Straße bleiben. Von der Arbeitslosigkeit sind schon die Arbeiter der Ölmühlen in der Provinz Santa Fé, die Landarbeiter von Formosa und Chaco, Metall-, Leder- und Textilarbeiter betroffen.

Während sich das Elend der werktätigen Bevölkerung Argentiniens mit jedem Tag verschlimmert, wachsen die Profite der argentinischen Kapitalisten und der englisch-amerikanischen Monopole unaufhörlich. Neunzehn große Textilunternehmen haben in den letzten fünf Jahren einen Gewinn von 400 Millionen Peso aufgewiesen, während fünf Unternehmen der Fleischkonservenindustrie im gleichen Zeitraum 160 Millionen Peso Gewinn einstrichen. Die Profite der Kapitalisten wachsen nicht nur infolge gesteigerter Ausbeutung der Arbeiter und der Preiserhöhung, sondern auch dank den vom Staat gezahlten Subsidien. Der Staat bezahlte allein 1948 den Besitzern der Fleischkonservenfabriken, den reichen Viehzüchtern und den Verkehrsgesellschaften als Vergütung für angebliche potentielle Verluste bei der Durchführung des englisch-argentinischen Handelsvertrags 400 Millionen Peso. Den Zuckerfabrikanten und den Mühlenbesitzern zahlte er 100 Millionen Peso als Kompensation für eine angebliche Senkung der Zucker- und Mehlpreise.

Die Kapitalisten erhalten Subsidien, aber die Lebensmittelpreise ziehen stetig weiter an.

(Schluß folgt.)

KRITIK UND BIBLIOGRAPHIE

Die Aufzeichnungen eines englischen Journalisten

N. SERGEJEW

DIE AUSSENPOLITIK ENGLANDS in der Nachkriegszeit ist derart antinational und widerspricht so sehr den Grundinteressen des Volkes und des Landes als Ganzem, daß sie die Engländer, die in der Hexenküche dieser Politik Bescheid wissen, buchstäblich anekelt. Ein neues Zeugnis hierfür sind die in Moskau erschienenen Aufzeichnungen des englischen Journalisten Ralph Parker.*

Ralph Parker war, ab 1934 Korrespondent englischer Blätter in den Ländern Südosteuropas und später, ab 1941, acht Jahre lang Korrespondent der „Times“ und anderer englischer und amerikanischer Zeitungen in Moskau. In seinem Buch hat er keine diplomatischen Geheimdokumente veröffentlicht, er hat keinerlei neue, sensationelle Enthüllungen über die englische diplomatische Tätigkeit gemacht. Aber seine Aufzeichnungen sind an sich ein Dokument.

Parker hatte Gelegenheit, die englische Diplomatie (und, insofern die amerikanische Diplomatie von ihr nicht zu trennen ist, auch diese) sozusagen als Innenseiter zu beobachten. Er weiß, wie sie hinter den Kulissen aussieht. Wenn dieser Journalist, der seiner Erziehung und Herkunft nach zu den herrschenden Klassen Englands gehört, erzählt, was er weiß, so läßt er sich zweifellos von dem Gefühl eines Menschen leiten, der sein Heimatland liebt und erkennt, welch gefährvollen Weg es von den an der Macht befindlichen Länderschwengeln der Monopole geführt wird.

Die Aufzeichnungen Parkers erheben keinen Anspruch darauf, eine tiefgründige Analyse und eine erschöpfende Darlegung der Geschichte Europas für das letzte Jahrzehnt zu sein, aber der Verfasser verfügt über eine scharfe Feder und über die Beobachtungsgabe des Berufsjournalisten. Seine Reportagen sind eine sehr plastische Illustration der historischen Ereignisse. Der Journalist, der seine Informationen von offiziellen Vertretern Londons und Washingtons erhielt, hat

die Richtung der Außenpolitik Englands im letzten Jahrzehnt mit scharfen Strichen aufgezeichnet. Der Titel seines Buches, „Verschwörung gegen den Frieden“, gibt das Wesen dieser Politik wieder. Zugleich gibt er darüber Aufschluß, warum das Buch herausgekommen ist. Ralph Parker teilt der Öffentlichkeit mit, was ihm über diese Verschwörung bekannt ist. In seinem Vorwort an den Leser schreibt er:

„Die englisch-amerikanischen Imperialisten suchen den Atlantikpakt und die anderen Erscheinungsformen ihrer aggressiven Absichten durch einen mit Vorbedacht erfundenen Mythos von der angeblichen Gefahr einer sowjetischen Aggression zu ‚rechtfertigen‘. Als Journalist, der etwa 8 Jahre in der Sowjetunion gelebt hat, halte ich es für meine Pflicht gegenüber meinem Vaterland, den böswilligen Erfindungen der Kriegsbrandstifter meine eigenen Beobachtungen entgegenzuhalten. Das englische Volk muß die Wahrheit über jene Leute in England wissen, die die Sache des Friedens und die Interessen des Volkes meiner Heimat verraten.“

Der Weg zur Wahrheit war für mich nicht leicht und nicht kurz. Ich bin in einem bürgerlichen Lebenskreis aufgewachsen und zu Hause gewesen, habe viele rauhe Seiten der Wirklichkeit nicht gekannt, und so mußte ich denn durch eine beträchtliche Schule des Lebens hindurchgehen, um zum Verständnis der Wahrheit zu gelangen. Fünfzehn Jahre arbeite ich als Korrespondent englischer Zeitungen auf dem europäischen Kontinent. Während dieses Zeitraums habe ich beständig mit eigenen Augen die Entwicklung der britischen Außenpolitik beobachtet, und von Jahr zu Jahr ist mir ihr sich ständig verstärkender reaktionärer Charakter deutlicher zum Bewußtsein gekommen. Ich habe begreifen gelernt, daß diese Politik im Widerspruch zu den Interessen der Mehrheit meines Volkes ausgearbeitet und durchgeführt wird, und daß diese Politik es war, die über die Münchener Kapitulation zum Atlantikpakt führte.“ (S. 8. [russ.])

Parker war Korrespondent in Prag zu der Zeit, als die englischen Münchener die Tschechoslowakei an Hitler verrieten. Dies geschah vor seinen Augen. Natürlich ist auch ihm vieles erst nach dem Kriege endgültig klargeworden, als zahlreiche offizielle Dokumente der englischen Regierung ans Licht kamen, die deren doppelzünglerische Politik bestätigten. Aber schon damals konnte man die Wurzeln der Verschwörung gegen den Frieden erkennen.

* Ralph Parker, „Verschwörung gegen den Frieden“. Aufzeichnungen eines englischen Journalisten. Aus dem Englischen. Moskau 1949.

„Der wahre Beweggrund dieser Befriedungspolitik bestand in dem Wunsch der englisch-amerikanischen Finanzleute, zu einer Verständigung mit Hitler zu gelangen und dadurch ihre ansehnlichen Kapitalinvestitionen in der deutschen Industrie nicht nur zu retten, sondern noch zu vergrößern.“ (S. 22.)

Auf diesem Gebiet verschmolzen die Interessen der englischen und die der amerikanischen Finanzleute. Die einen wie die andern waren mit der östlichen Richtung von Hitlers Expansion völlig einverstanden. Sie beabsichtigten, die Hitlerbanditen zu finanzieren, sobald diese die ukrainischen und die kaukasischen Lande erobert haben und zu deren Auswertung Kapital brauchen würden.

Prag in den ersten Tagen der Hitlerokkupation. Die diplomatischen Vertreter Englands arbeiteten mit den Hitlerfaschisten zusammen. Deren Grausamkeiten ließen sie kalt, und das unter den Arbeitern Kladnos angerichtete Blutbad ging ihnen nicht nahe. Die britische Regierung setzte ihre Geheimverhandlungen mit den Deutschen darüber, wie man „Rußland auf die Knie zwingen“ könnte, fort.

Nun eine andere Hauptstadt: Belgrad in den Jahren 1939—1941. Jugoslawien war der Schauplatz einer intensiven Tätigkeit, die von ganzen Armeen von Geheimagenten der imperialistischen Mächte entfaltet wurde. Die Auslandskorrespondenten verbanden ihre Arbeit mit „ändern, einträglicheren Geschäften“, vom Waffenhandel bis zur Spionage. An allen Straßenecken wurden Pressevertreter für Spionagearbeit angeworben. Das war allgemein bekannt. Die Journalisten waren sich darüber klar, daß Englands Politik auf dem Balkan und seine Geheimarbeit sich nur teilweise gegen die deutsche Invasion richteten. Parker schreibt:

„Viele Engländer, die damals in Belgrad lebten, wußten, daß der englische Geheimdienst im Grunde vor allem danach strebte, zuverlässige politische Verbündete zu finden, die im Falle einer englischen Truppenlandung an der Balkanküste ein Aufmarschgebiet schaffen sollten.“ (S. 40.)

Ein anderes Ziel bestand darin, die echten Antifaschisten am Kampf für die Unabhängigkeit ihres Volkes und gegen die ausländischen Okkupanten zu verhindern. Schon damals setzte der englische Geheimdienst

„hauptsächlich auf die Gewinnung von Agenten unter den potentiellen Renegaten, die während des Krieges die Maske von ‚Antifaschisten‘ und ‚Nationalhelden‘ angelegt hatten“ (S. 39).

Die Rolle dieser Agentur ist jetzt sehr wohl bekannt.

Die käufliche Clique, die in Jugoslawien an der Macht war, suchte den Hitlerfaschisten wie den

englischen Imperialisten gefällig zu sein. Sowohl den einen als auch den andern wurde die Möglichkeit geboten, ungeniert in Jugoslawien zu wirtschaften. Wir sehen, daß Belgrad bis auf den heutigen Tag ein solcher Tummelplatz für imperialistische Spione und Agenten ist. Die Beobachtungen, die Parker 1939 in Jugoslawien machte, kann man auf das Jugoslawien von 1949 beziehen.

„Das ist das Los jedes Landes, so alt seine Unabhängigkeitstraditionen auch sein mögen, wenn an seiner Spitze Verräter stehen, die sich zur ausländischen Einmischung mehr denn wohlwollend verhalten.“ (S. 41.)

Aber sowohl Prag wie Belgrad waren nur ein Vorgelände. Die Verschwörung gegen den Frieden bot sich Parkers Augen erst später restlos dar. Während seines Aufenthalts in der Sowjetunion konnte er aus allernächster Nähe die diplomatische Tätigkeit der Engländer und der Amerikaner beobachten und erkannte vollkommen, daß sie sich gegen den Frieden, gegen die Interessen der Völker richtet. Über vieles gingen ihm erst hier die Augen auf. Nicht von ungefähr gibt der englische Journalist in seinen Aufzeichnungen eine kurze autobiographische Auskunft. Der Leser erfährt, daß der Verfasser der Aufzeichnungen aus bürgerlichem Milieu stammt, daß er in einer bürgerlichen Schule Englands erzogen wurde, wo „wie im Treibhaus... der Rassendünkel und die Verachtung gegen die Arbeiterklasse gezüchtet“ wird, wo „jede Wahrheit über die Sowjetunion schamlos entstellt wird mit der Absicht, den Haß gegen das Sowjetland groß zu ziehen“ (S. 13).

In dieser Schule werden die Zöglinge heuchlerisch dazu angehalten, die „christlichen Werte“ und die „europäischen Überlieferungen“ zu schützen und zugleich alles wahrhaft Demokratische, Neue, Fortschrittliche zu hassen.

„Ich verneigte mich nicht heuchlerisch vor Sowjetrußland, als ich seine Küste betrat. Ich wollte ihm fest ins Antlitz schauen. Die einen hatten es mir als ein Land geschildert, das alle Hoffnungen der fortschrittlichen Menschheit verkörpert, andere als ein Sinnbild allen Übels. Ich wollte es so sehen, wie es wirklich ist.“ (S. 44.)

Parker sah das Sowjetland in seinen schwersten Tagen, in den Tagen des unglaublich blutigen und äußerst aufreibenden Krieges gegen den Faschismus. Er sah es am frohen Siegestag. Er sah die schöpferische Aufbauarbeit des Sowjetvolkes in der Friedenszeit. Er sah seinen Mut und seine Standhaftigkeit und erkannte das hehre Ideal des Kampfes für den Frieden, für eine lichte Zukunft der Menschheit, das dieses Volk beseelt. Moralisch und politisch stellte sich Parker auf die Seite des Sowjetvolkes. Er wollte die Wahrheit

über die Sowjetunion schreiben. Aber selbst während des Krieges, als die Machthaber Englands scheinheilig der Sowjetunion Freundschaft schworen, verlangten sie von Parker etwas ganz anderes...

Wenn dem Leser im Ausland von Parkers Aufzeichnungen dessen Beobachtungen über das innere Leben der Sowjetunion interessant sein werden, so stellen die Enthüllungen der Tätigkeit, deren sich die englischen Diplomaten in der Sowjetunion befleißigten, für den Sowjetleser besonderes Interesse dar.

Parker sah auf Schritt und Tritt, daß diese Tätigkeit von tiefer Abneigung und blinder Feindseligkeit gegen die Sowjetunion durchdrungen war. Er sah die dünnliche Mißachtung der englischen und der amerikanischen Diplomaten und ihrer Mitläufer aus anderen Botschaften für das Sowjetvolk. Er sah, daß sie den Charakter dieses Volkes nicht begreifen und nicht begreifen wollen, daß sie die Macht des Sowjetstaates unterschätzen.

Diese Beobachtungen des englischen Journalisten tragen zum Verständnis der heutigen Fehlschläge der englischen und der amerikanischen Außenpolitik bei. Ihr Hauptgebrechen ist enge Klassenvoreingenommenheit, reaktionäre Blindheit und unglaubliche Beschränktheit, tiefste Geringschätzung gegenüber den Volksmassen, Mißachtung der rechtmäßigen Bestrebungen der Völker nach Freiheit und Unabhängigkeit.

Die regierenden Kreise der USA und Englands hatten geglaubt, sie würden die Sowjetunion durch den Krieg erschöpft und auf die Knie gezwungen sehen, sie würden das Sowjetland bereit finden, dem Auslandskapital die Pforten zu öffnen und auf seine sozialistischen Errungenschaften zu verzichten. Diesen Erwartungen gemäß stöberten die englischen und die amerikanischen Diplomaten in Moskau die unsinnigsten und böswilligsten Erfindungen auf, die dann den Regierungen zugestellt und zwecks Irreführung der öffentlichen Meinung in der Presse veröffentlicht wurden. Meist aber fabrizierten sie diese Erfindungen einfach selber. Während des Krieges setzten sie die läppische und böswillige Lesart in Umlauf, das Sowjetland rücke vom Kommunismus ab. Nach dem Kriege befaßten sie sich mit Klatschereien, die bald die angebliche Ohnmacht des Sowjetlandes, bald seine Aggressivität zeigen sollten.

Die schlimmsten verleumderischen Falschmeldungen, die ein Sachverständigenstab für Anti-sowjetangelegenheiten fabriziert, werden durch die Botschaften unter den Korrespondenten verbreitet, und diese wiederum überschwemmen damit die Presse der kapitalistischen Länder.

Parker erzählt aus seinen Erinnerungen, wie während der Moskauer Tagung der Außenminister die eintreffenden Korrespondenten, die England über den Verlauf der Erörterung der deutschen Frage informieren sollten, von der Botschaft entsprechend bearbeitet wurden. Die ständigen Moskauer Korrespondenten der englischen Blätter wurden beiseite gedrängt, offenbar traute man ihnen nicht. Beamte des Außenministeriums brachten mit besonderem Vertrauen ausgestattete „diplomatische Beobachter“ nach Moskau, die von den Journalisten selber „zahme Seehunde“ oder „Hausfreunde“ genannt wurden. Die „zahnigen Seehunde“ wurden darauf dressiert, die öffentliche Meinung Englands so zu bearbeiten, daß sie das imperialistische Verhalten der englischen und der amerikanischen Regierung gegenüber Deutschland, die Verletzung des Potsdamer Abkommens durch diese Regierungen sowie ihre Verschwörungspolitik gegen den Frieden unbesehen schluckte. Die Beobachter wurden jeden Abend im Hotelzimmer eines offiziellen Vertreters der englischen Delegation zusammengerufen. Diese Zusammenkünfte bekamen den Spottnamen „briefings“, was Kampfinstruktion von Fliegern vor dem Aufbruch zu einem Bombenüberfall bedeutet. Nachdem die Korrespondenten die Instruktionen erhalten hatten, bombardierten sie das englische Publikum immer wieder mit neuen Portionen von Falschmeldungen und sowjetfeindlichen Erfindungen.

Die englische Botschaft hatte für sie umfangreiche fertige Angaben auf Vorrat, in denen alle Seiten des Lebens in der Sowjetunion — Politik, Ökonomie, Kultur und Bildungswesen — falsch dargestellt waren. Eben solche Berichte stellte auch die amerikanische Botschaft ihren Korrespondenten zur Verfügung. Von Botschaftswischen schreiben die amerikanischen Korrespondenten Paul Ward, Sam Welles und andere ihre Pseudo-eindrücke ab. Wie Parker berichtet, befaßten sich die amerikanischen Journalisten in Moskau hauptsächlich mit der Abschrift der Botschaftsmaterialien in ihre Notizblocks. Diese Materialien wurden mit den unsaubersten Mitteln fabriziert: gefälschte Statistik, ausgedachte Episoden, jeder erdenkliche Klatsch — alles wurde aufgeboten. Ein Korrespondent veröffentlichte z. B. einen Unsinn unter Berufung auf ein russisches Mädchen namens „Mischa“...

Parker macht den Leser mit dem Leben und der Tätigkeit der englischen Diplomaten in Moskau bekannt. Am Leser ziehen die englischen Botschafter vorüber. Sir Archibald Clark Kerr, der sich dadurch auszeichnete, daß er höchst beflissen den Rücken vor einem der einflußreichsten Agenten der amerikanischen Kriegsbrandstifter, George

Kennan, beugte, Sir Maurice Peterson, ein phlegmatischer Diplomat alter Schule, den die Währungsreform aus dem Gleichgewicht brachte, eine Maßnahme, die den Währungsspekulationen vieler hochgestellter Diplomaten ein Ende bereitete.

Die sowjetfeindlichen Verleumdungen liefen bei dem heutigen Gehilfen des Hohen Kommissars in Indien, Frank Roberts, zusammen, der von 1944—1947 in Moskau den Posten eines englischen Botschaftssekretärs bekleidete. Dieser Diplomat suchte unentwegt und aufdringlich allen und jedem zu suggerieren, daß ein Krieg mit der Sowjetunion unausbleiblich sei. Die gleiche Linie verfolgte Roberts' Nachfolger in Moskau, Geoffrey Harrison, eine Linie, die aus der amerikanischen Botschaft kam...

Parker sah schon während des Krieges, daß viele Diplomaten verschiedener Länder nicht der gemeinsame Kampf gegen den Hitlerfaschismus, sondern der gemeinsame Haß gegen die Sowjetunion verband. Der sowjetfeindliche diplomatische Block besaß sogar einen sogenannten „allgemeinen Fonds“ von Informationen über die Sowjetunion, die von Geheimagenten der verschiedenen Botschaften zusammengetragen wurden. Die Spionage- und Kundschaftsarbeit war das Alpha und Omega im Leben der englischen und der amerikanischen Botschaft in der Sowjetunion. Nicht umsonst wurde während des Krieges George Hill, einer der gewiegtsten englischen Spione, auf einen hohen diplomatischen Posten nach Moskau entsandt. Dieser Mann war 1917/18 als Geheimagent in Rußland, er ist der Verfasser eines Buches mit der unverschämten Überschrift „Geh ins Land spionieren“, in dem er einen Sabotage- und Spionagekampf gegen die Sowjetunion predigte.

Zu einer Zeit, wo die Sowjetarmee gegen die Hitlerhorden kämpfte und dadurch die britischen Inseln vor der faschistischen Knechtschaft rettete, schufen die englischen Diplomaten in Moskau eine Wühlfront gegen die Sowjetunion. Um sie gruppierten sich polnische Reaktionäre, die aus ihrer Feindseligkeit gegen die Sowjetunion kein Hehl machten und Spionagematerial für die englische Botschaft sammelten. Sie träumten von der Machtergreifung in Polen nach Kriegsende, agitierten gegen die Eröffnung der zweiten Front in Europa und strebten danach, daß die Truppen der Westmächte als erste in Polen einzögen, indem sie vom Süden her über den Balkan vordrängen. Sie trugen sich mit Plänen zur Schaffung einer polnisch-tschechischen Föderation, die den Balkan beherrschen sollte. Nach Angaben, über die Ralph Parker verfügte, nahmen an der Vorbereitung dieser Pläne der bekannte englische Spion Bruce Lockhart

sowie Victor Cazalet, der persönliche Adjutant Churchills, teil, ein Mensch, dessen Familie im zaristischen Rußland stark finanziell engagiert war.

Aber die Unterstützung der Londoner Polen mit ihren Ränken gegen das Sowjetland und die polnische Demokratie war nur eine Episode in der sowjetfeindlichen Tätigkeit der englischen Botschaft. Parker verweilt bei diesen Dingen etwas länger, und zwar nur deshalb, weil sie seiner Ansicht nach besonders deutlich den schwarzen Verrat der regierenden Kreise Englands in jenen Tagen zeigen, als das Sowjetvolk einen angespannten, heldenhaften Kampf gegen Hitlerdeutschland führte.

Die Verschwörung gegen den Frieden wird denen, die die englische und die amerikanische Nachkriegspolitik beobachten, immer klarer. Die Zentrale dieser Verschwörung ist Washington. Die englische Diplomatie wird endgültig zu einem Mitläufer der amerikanischen.

Parker schreibt, es sei bitter für ihn gewesen, mit ansehen zu müssen, wie die englischen Diplomaten in Moskau vor ihren amerikanischen Kollegen scharwenzelten. Die englische und die französische Botschaft ordneten sich der USA-Botschaft unter. Parker schreibt:

„Ab 1944 wurde fast jede diplomatische Demarche bei der Sowjetunion von den drei Botschaften vereinbart, wobei die entscheidende Stimme stets den Amerikanern gehörte.“ (S. 128.)

Im diplomatischen Korps begannen die amerikanischen Diplomaten die führende Rolle zu spielen, in ihrem Kreise wiederum hemmungsloseste Spezialisten für Antisowjetintrigen wie George Kennan. Über diesen geschworenen Feind der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie ist viel geschrieben worden. Parker aber vervollständigt seine Charakteristik durch weitere Wesenszüge. Kennan, ein hochmütiger, ungebildeter Hohlkopf, der die in Zersetzung übergegangene kapitalistische Gesellschaft verkörpert, ließ sich verächtlich darüber aus, daß der europäische Kontinent

„von schlecht gelenkten, lustlosen, geistig und körperlich schlaffen Menschen bevölkert wird, die durchaus reif sind, sich dem Willen der amerikanischen Bourgeoisie zu fügen.“ (S. 125.)

In seiner verbohrten Selbstsicherheit hofft er, das Sowjetvolk werde sich bis zum Augenblick des Sieges „moralisch und physisch aufreißen“. Dieser Kannibale wartet kaum ab, bis das Kriegsgetümmel verklungen ist, um von einem neuen Krieg zu reden. Parker erzählt:

Es war der Siegestag. Moskau jubelte. In der amerikanischen Botschaft auf der Mochowaja waren die Fenster mürrisch geschlossen. Der Mann, der die Fäden der geheimen Antisowjet-

diplomatie in Händen hielt, Botschaftsrat George Kennan, blickte zwischen den Vorhängen hindurch auf die Straße hinunter. Parker hörte ein erbostes Brummen:

„Da jubeln sie nun und glauben, der Krieg sei zu Ende. Der Krieg fängt eben erst an...“

Der von Kennan und seinen Helfershelfern begonnene Krieg ist der „kalte Krieg“, der niederträchtige Krieg des „Mantels und des Dolches“, der Verleumdung, Provokation und Erpressung.

In der muffigen Atmosphäre des diplomatischen Korps mit seinen sowjetfeindlichen Intrigen, seiner Hamsterei und seinen Gelagen änderte sich nicht auch nach dem Machtantritt der Labourregierung in England. Die Labourregierung pfeift auf ihre Wahlversprechungen und betreibt dieselbe sowjetfeindliche Politik wie Churchill. Auch die Leute in der diplomatischen Küche Großbritanniens sind dieselben geblieben.

Im Foreign Office geben Helden der Befriedung des Naziaggressors — Sir Ivone Kirkpatrick und Sir William Strang — den Ton an. Neu an der Tätigkeit des englischen Außenministeriums ist lediglich die Schaffung einer Menge neuer Abteilungen und Organisationen des Geheimdienstes, deren Zweck es ist, das Agentennetz in anderen Ländern zu erweitern. Im Hinblick auf die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie besteht die Hauptaufgabe des englischen Außenministeriums, nach Parkers Worten, nur in einem: „wie man dort eine ausgedehnte, zuverlässige Spionage organisieren könnte“ (S. 121).

Und noch einer weiteren Frage schenkt das Amt Bevins größere Aufmerksamkeit denn je: der Organisierung der Presse- und Rundfunkpropaganda in England und andern Ländern. Die Außenpolitik Attlees und Bevins bedarf als volks-

feindliche Politik ganz besonders eines Propagandaapparats, der imstande wäre, das Volk zu betrogen und die Tatsachen totzuschweigen oder zu entstellen. Das neue Spionagesystem aber soll diesen Apparat mit entsprechendem Material versorgen.

Das englische Außenministerium ist bestrebt, eine Mauer zwischen der Sowjetunion und dem englischen Volk aufzurichten, das gewaltiges Interesse für unser Land zeigt. Dieses Interesse wird nicht nur unbefriedigt gelassen, sondern der vom Außenministerium geleitete Propagandaapparat tischt dem Publikum im Gegenteil eine Fülle skandalöser Verleumdungen ehrloser Journalisten, verschiedener Gauner, Verräter und Renegaten auf. Der Zweck der Übung ist, die Autorität und Popularität der Sowjetunion beim englischen Volk zu untergraben, Argwohn und Mißtrauen gegen das Sowjetland zu wecken, weil dessen Politik die Pläne der Kriegsbrandstifter stört und ihre Verschwörung gegen den Frieden zunichte macht.

Ralph Parker hat sich entschlossen, seine journalistischen Aufzeichnungen zu veröffentlichen, damit das Publikum die volksfeindliche Politik derjenigen erblicke, die den Frieden verraten und die Völker in einen neuen Krieg hineintreiben. Sein Buch versetzt den Lenkern der englischen Politik einen schweren Schlag: Wie die vor kurzem erschienenen Enthüllungen eines anderen englischen Journalisten, des ehemaligen Redakteurs des „Britanski Sojusnik“, Archibald Johnstones, stellen Parkers Aufzeichnungen in gewissem Sinne eine soziale Erscheinung dar. Sie enthüllen die schmutzigen und niederträchtigen Machenschaften der englisch-amerikanischen Kriegsbrandstifter.

9. Oktober

Maotsetung wird zum Präsidenten des Nationalkomitees des Politischen Konsultativen Volksrats Chinas gewählt.

In Genua wird der zweite Kongreß der der Allgemeinen Arbeitskonföderation Italiens angehörenden Gewerkschaften geschlossen.

In Peking wird eine Ortsgruppe der Chinesischen Gesellschaft für chinesisch-sowjetische Freundschaft gegründet.

10. Oktober

Armeegeneral W. I. Tschuikow, Oberster Chef der Sowjetischen Militärverwaltung in Deutschland, gibt aus Anlaß des vom Deutschen Volksrat beschlossenen Inkrafttretens der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bildung der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik in Berlin eine Erklärung ab. In ihr heißt es, daß die Sowjetregierung beschlossen hat, der Provisorischen Regierung die bisher von der Sowjetischen Militärverwaltung ausgeübten Verwaltungsfunktionen zu übergeben. An Stelle der Sowjetischen Militärverwaltung wird eine Sowjetische Kontrollkommission geschaffen, der es obliegen wird, die Kontrolle über die Durchführung der Potsdamer sowie anderer gemeinsamer Beschlüsse der vier Mächte hinsichtlich Deutschlands zu kontrollieren.

In allen Landtagen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands finden die Abgeordnetenwahlen zur Provisorischen Länderkammer statt.

Alle Angehörigen der chinesischen Botschaft sowie des Generalkonsulats der Kantoner Regierung in Paris erklären offiziell ihren Anschluß an die Regierung der Volksrepublik China.

Stortingswahlen in Norwegen.

Veröffentlichung der vorläufigen Ergebnisse der Wahlen in Österreich. Die Parlamentsmandate verteilen sich wie folgt: Linksblock 5, Sozialistische Partei 67, Volkspartei 77, Verband der Unabhängigen 16.

11. Oktober

A. J. Wyschinski hält im Politischen Sonderausschuß der UNO-

CHRONIK DER INTERNATIONALEN EREIGNISSE

Oktober 1949

Vollversammlung eine Rede, in der er die dunklen Ziele der englisch-amerikanischen reaktionären Kreise entlarvt, die die hemmungslose Lügen- und Verleumdungskampagne gegen Bulgarien, Ungarn und Rumänien entfesseln.

Wilhelm Pieck wird einstimmig zum Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik gewählt.

In Saint-Paul (USA) wird der 68. Kongreß der Amerikanischen Arbeitsföderation geschlossen. Der Kongreß befaßte sich in der Hauptsache mit außenpolitischen Fragen; er billigte die aggressive Außenpolitik des Staatsdepartements.

12. Oktober

Otto Grotewohl bildet die Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik aus Vertretern der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (8), der Liberal-Demokratischen Partei (3), der Christlich-Demokratischen Union (4), der Nationaldemokratischen Partei (1), der Demokratischen Bauernpartei (1) und einem Parteiloosen.

Eröffnung der 70. Jahreskonferenz der Konservativen Partei Englands in London.

13. Oktober

Aus Anlaß der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik sendet J. W. Stalin dem Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, und dem Ministerpräsidenten Otto Grotewohl ein Begrüßungsschreiben.

14. Oktober

Die Truppen der Volksrepublik China nehmen Kanton ein.

In Brüssel wird der erste vom Belgischen Verband zum Schutze des Friedens einberufene Landeskongreß der Friedensanhänger eröffnet.

Unter dem Druck des Richters Medina erklären die Schöffen

11 führende Mitglieder der Kommunistischen Partei der USA für schuldig. Das Urteil wird am 21. Oktober gefällt werden. Die im Prozeß fungierenden Verteidiger werden von Medina wegen „Ungebühr vor Gericht“ zu verschiedenen Gefängnisstrafen verurteilt.

15. Oktober

Die Sowjetpresse veröffentlicht die Begrüßungsschreiben, die aus Anlaß des ersten Jahrestages der Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Volksdemokratischen Republik Korea von Generalissimus J. W. Stalin, dem Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, und Kim Il Sung, dem Vorsitzenden des Ministerkabinetts der Volksdemokratischen Republik Korea, gewechselt wurden.

Die Sowjetpresse veröffentlicht eine Mitteilung der Zentralen Statistischen Verwaltung beim Ministerrat der Union der SSR über die Ergebnisse der Erfüllung des Staatsplans für die Wiederherstellung und Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der Sowjetunion im dritten Quartal 1949. Der erhöhte Plan ist hinsichtlich der Bruttoproduktion der gesamten Industrie zu 102 Prozent erfüllt. Die Bruttoernte an Getreide und vielen technischen Nutzpflanzen ist 1949 größer als 1948 und überschreitet die Ernte des Vorkriegsjahres 1940.

16. Oktober

In der Sowjetpresse wird die Antwort Wilhelm Piecks, des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, und Otto Grotewohls, des Ministerpräsidenten der Provisorischen Regierung, auf das Begrüßungsschreiben Generalissimus Stalins, des Vorsitzenden des Ministerrats der Union der SSR, veröffentlicht.

Die Sowjetpresse veröffentlicht eine Mitteilung über den Beschluß der Sowjetregierung, mit der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik diplomatische Vertretungen auszutauschen. Zum Chef der diplomatischen Vertretung der Sowjetunion ist G. M. Puschkina ernannt worden.

Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse der Zeichnung für die Staatliche Fünfjahrplananleihe Ungarns. Die Zeichnung hat 752 827 600 Forint ergeben, d. h. um 50,5 Prozent mehr, als bei der Auflegung der Anleihe (500 Millionen Forint) vorgesehen war.

STAATSVIRLAG FÜR TECHNISCH-THEORETISCHE LITERATUR

Neuerscheinungen:

G. N. BERMAN — *Die Zahl und ihre Wissenschaft*. 154 S., Rbl. 2,50

Gemeinverständliche Abhandlungen über die Arithmetik natürlicher Zahlen.

D. I. BLOCHINZEW — *Grundlagen der Quantenmechanik*. Zweite, neubearbeitete Auflage. 588 S., Rbl. 17,50

S. J. BRESLER — *Radioaktive Elemente*. (Serie „Aktuelle Probleme der Physik“.) 308 S., Rbl. 11,40

G. P. GORSCHKOW — *Erdbeben*. (Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 40 S., Rbl. —,70

N. J. SHUKOWSKI — *Gesammelte Werke*. Band II. Hydrodynamik. 764 S., Rbl. 26,—

J. P. SAWARIZKAJA — *Vulkane*. Herausgegeben von Akademiemitglied A. N. Sawarizki. Dritte Auflage. (Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 44 S., Rbl. —,75

W. D. SACHARTSCHENKO — *Der Motor*. Herausgegeben von Akademiemitglied W. N. Oblasow. (Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 56 S., Rbl. —,90

G. A. SISMAN — *Die Atomwelt*. (Serie „Populärwissenschaftliche Literatur“.) 64 S., Rbl. 1,10

A. F. JOFFE — *Grundbegriffe der modernen Physik*. 368 S., Rbl. 7,75

N. W. KOLOBKOW — *Das Wetter und seine Voraussage*. (Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 48 S., Rbl. —,75

M. I. KORSUNSKI — *Der Atomkern*. 336 S., Rbl. 6,—

Populäre Darstellung der Probleme der modernen Kernphysik.

W. A. OBRUTSCHEW — *Die Entstehung der Berge und Kontinente*. Zweite, ergänzte Auflage. (Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 36 S., Rbl. —,60

W. D. OCHOTNIKOW — *Magnete*. (Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 32 S., Rbl. —,60

I. I. PRIWALOW, S. A. GALPERN — *Grundlagen der Analyse unendlich kleiner Größen*. Lehrbuch für Selbstbildung. Zweite, überarbeitete Auflage. 240 S., Rbl. 4,90

B. N. SUSLOW — *Zwischen Staubchen und Molekülen*. (Die Kolloide.) Herausgegeben von Professor K. W. Tschmutow. (Serie „Populärwissenschaftliche Bibliothek“.) 56 S., Rbl. 1,—

N. G. SUSCHKIN — *Das Elektronenmikroskop*. (Serie „Physikalisch-mathematische Bibliothek des Ingenieurs“.) 276 S., Rbl. 10,50

Eine Darstellung der Arbeitsprinzipien und der Konstruktionsgrundlagen von Elektronenmikroskopen sowie der Anwendungsmethoden auf den verschiedenen Gebieten der Wissenschaft und Technik.

I. J. TAMM — *Grundlagen der Elektrizitätstheorie*. Vierte Auflage. 628 S., Rbl. 18,—

S. A. TSCHAPLYGIN — *Die Gasströme*. (Serie „Klassiker der Naturwissenschaft“.) 144 S., Rbl. 6,45

J. A. SCHTRAUF — *Molekularphysik*. 576 S., Rbl. 15,85

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH IN
RUSSISCHER,
DEUTSCHER,
ENGLISCHER UND
FRANZÖSISCHER SPRACHE.

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UdSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS. SIE INFORMIERT ÜBER DAS LEBEN DER
VÖLKER ALLER LÄNDER UND IHREN KAMPF FÜR
DEMOKRATIE, DAUERHAFTEN FRIEDEN UND SICHER-
HEIT. DIE ZEITSCHRIFT ENTLARVT DIE RÄNKE DER
FEINDE DES FRIEDENS UND DER INTERNATIONALEN
ZUSAMMENARBEIT UND FÜHRT EINEN KAMPF
GEGEN DIE KRIEGSBANDSTIFTER. SIE TRITT GEGEN
FALSCHMELDUNGEN UND VERLEUMDUNGEN DER
REAKTIONÄREN PRESSE AUF.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.

VERLAGSANGEIEN

MILITÄRVERLAG DES MINISTERIUMS DER STREITKRÄFTE DER UdSSR

Neuerscheinungen:

HARALD SVERDRUP — *Mit dem U-Boot ins Packe's*. Aus dem Norwegischen mit Vorworten vom Verfasser und Professor W. J. Wiese. 144 S., Rbl. 3,—
Über die Arktisexpedition 1931 mit dem U-Boot „Nautilus“.

R. FRAJERMAN und P. SAIKIN — *Das Leben und die ungewöhnlichen Abenteuer des Reisenden und Seefahrers Kapitänleutnant Golowin*. Erstes Buch. 280 S., Rbl. 5,50

M. EGART — *Die undurchdringliche Zone*. Erzählung. (In der Serie „Bibliothek des Nachimowmanns“.) 208 S., Rbl. 6,—

In Vorbereitung:

JOHN PHILIPS CRANWELL — *Die Bestimmung der Seestreitkräfte*. Aus dem Englischen. 176 S., Rbl. 4,—
Oberst B. S. TELPUCHOWSKI — *Der Nordische Krieg. 1700—1721. Peter I. als Feldherr*. 200 S., Rbl. 10,—. Mit Kartenbeilagen.

BEITRÄGE ZUR RUSSISCHEN KRIEGSGESCHICHTE. Herausgegeben von L. G. Beskrowny. 640 S., Rbl. 26,—
Sammlung kriegsgeschichtlicher Dokumente vom 10. bis Anfang des 20. Jahrhunderts.

STAATSVERLAG FÜR LEHRBÜCHER UND PÄDAGOGISCHE LITERATUR BEIM MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

Neuerscheinungen:

Prof. Dr. der techn. Wissenschaften K. K. AGLIN-ZEW — *Abhandlungen über Atomkernphysik*. 56 S., Rbl. 1,20
Eine Übersicht über die wichtigsten Errungenschaften der Kernphysik.

Professor W. W. WINOGRADOW — *Die russische Sprache* (Grammatische Wortkunde). 784 S., Rbl. 29,—
Professor I. M. TRONSKI — *Geschichte der antiken Literatur*. 496 S., Rbl. 21,—

STAATSVERLAG FÜR KINDERLITERATUR BEIM MINISTERIUM FÜR VOLKSBILDUNG DER RSFSR

Neuerscheinungen:

ALADIN UND DIE WUNDERLAMPE. Arabisches Märchen. Mit Illustrationen von W. Jermolow. (In der Serie „Erste Bibliothek des Schulkindes“.) 48 S., Rbl. 1,20
A. ALTAJEW — *M. I. Glinka*. 268 S., Rbl. 9,50
Erzählung von dem Leben und Schaffen des russischen Komponisten.
J. BASCH — *Professor Buiko*. Erzählung. Aus dem Ukrainischen von W. Juresinski. Mit Illustrationen von F. Glebow. (In der Serie „Kriegsbibliothek für Schulkinder“.) 144 S., Rbl. 4,20
IN JENEN TAGEN. *Leningrader Album*. Bilder von A. Pachomow. Text von N. Tichonow. 48 S., Rbl. 5,—
M. SINGER — *U-Boot-Krieg im Nördlichen Eismeer*. Mit Illustrationen von A. Schulz. (In der Serie „Kriegsbibliothek für Schulkinder“.) 64 S., Rbl. 2,—
Von dem heldenhaften Kampf sowjetischer U-Boot-Mannschaften während des Großen Vaterländischen Krieges.
J. CONRAD — *Ein Duell*. Aus dem Englischen von M. Bogoslawskaja. Mit Illustrationen von D. Dubinski. 112 S., Rbl. 4,—
Erzählung aus dem französischen Leben zu Anfang des 19. Jahrhunderts.
S. MARSCHAK — *Gedichte für Kinder*. Mit Illustrationen von W. Lebedew. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 32 S., Rbl. 2,—

ONKEL FROST. FUCHS UND WOLF. Russische Volksmärchen, bearbeitet von A. Tolstoi. Mit Illustrationen von I. Kusnezow. (In der Serie „Meine ersten Bücher“.) 24 S., Rbl. 1,50
D. NAGISCHKIN — *Die stille Bucht*. Mit Illustrationen von W. N. Konstantinow. 134 S., Rbl. 5,50
W. ODOJEWSKI — *Ein kleines Städtchen in der Tabakdose*. Märchen. Mit Illustrationen von M. Gorschman. 16 S., Rbl. 2,—
N. PAWLOWA — *Der Moosfarn, ein Kind der Wüste*. Mit Illustrationen von W. Jolkin. 64 S., Rbl. 2,—
Pflanzen- und Tiergeschichten.
M. PRISCHWIN — *Der Kranich*. Mit Illustrationen von W. Jolkin. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 32 S., Rbl. —,80
Erzählungen über Tiere.
M. PRISCHWIN — *Des Fuchses Brot*. Mit Illustrationen von W. Jolkin. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 80 S., Rbl. 1,50
Geschichten über Vierfüßler und Vögel.
A. S. PUSCHKIN — *Ausgewählte Werke*. Mit Illustrationen von W. Jermolow. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 160 S., Rbl. 4,50
I. I. PUSCHTSCHIN — *Erinnerungen an Puschkin*. (In der Serie „Schülerbibliothek“.) 72 S., Rbl. 2,—
W. JAN — *Das phönizische Schiff*. Historische Erzählung. Mit Illustrationen von W. Bechtejew. 174 S., Rbl. 4,50

Alles in russischer Sprache.

DIE NEUE ZEIT

ERSCHEINT WÖCHENTLICH
IN
RUSSISCHER,
ENGLISCHER,
FRANZÖSISCHER
UND
DEUTSCHER SPRACHE

DIE NEUE ZEIT

BEFASST SICH MIT FRAGEN DER AUSSENPOLITIK
DER UDSSR UND ANDERER LÄNDER UND DEN
AKTUELLEN VORGÄNGEN DES INTERNATIONALEN
LEBENS.

DIE NEUE ZEIT

ENTHÄLT BEITRÄGE VON GELEHRTEN, SCHRIFT-
STELLERN, PUBLIZISTEN, GEWERKSCHAFTSFÜHRERN
UND ANDEREN PERSÖNLICHKEITEN DES ÖFFENT-
LICHEN LEBENS.